

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1912

266 (13.11.1912)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
 Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 M. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M. vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481
 Sprechstunde nur von 1/2 12—1/2 1 Uhr.
 Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128
 Postfach-Conto Nr. 2650

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag:
 Verlagsdruckerei G. E. & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad. Politik, Aus der Partei, Rechte Nachr.: W. Kolb.
 Kommunalpolitik, Aus der Stadt, Gerichtszeitung, Reuilleton u. Unterhaltungsblatt: S. Winter.
 Gewerkschaftliches, Aus dem Lande, Genossenschaftswesen, Soc. Rundschau, S. Kadel: sämtl. in Karlsruhe

Für den Inseratenteil verantwortlich:
 Karl Ziegler in Karlsruhe.

Der Kampf um die Adria.

Der diplomatische Streit um den Besitz Albaniens und den Zugang zum Adriatischen Meer hat sich in den letzten Tagen außerordentlich verschärft. Ein Krieg zwischen Oesterreich und Rußland scheint in den Bereich der Möglichkeit gerückt, die unabsehbaren Gefahren eines allgemeinen europäischen Krieges nehmend drohende Gestalt an.

Tatsache ist, daß die Serben die adriatische Küste entweder schon erreicht haben oder in aller nächster Zeit erreichen werden. Tatsache ist ferner, daß Oesterreich und Italien eine Festsetzung Serbiens an der Adria nicht dulden wollen. In Budapest, augenblicklich dem Brennpunkt der kritischen Ereignisse, haben sich der österreichische Kaiser, der Thronfolger, der in den nächsten Tagen nach Deutschland kommt, der Minister des Auswärtigen, der deutsche Votschafter, der Präsident der bulgarischen Sorbrante und — der österreichische Generalstabschef etgegenfunden. Der Genfer steht vor der Tür!

Wo sich die beunruhigenden Tatsachen in solcher Weise anhäufen, fehlt es auch nicht an Gerüchten, die die Spannung vernehmen, die Verbösstheit bis zum äußersten steigern. Man spricht von einem förmlichen Kriegsrat in Budapest, von militärischen Vorbereitungen auch Italiens gegen Serbien. Ueber den Besuch des österreichischen Gesandten v. Ugron bei dem serbischen Ministerpräsidenten Pasitsch werden alarmierende Nachrichten verbreitet, der Oesterreicher soll die Freihaltung der Küste gefordert haben, der Serbe auf ihrer Befestigung bestanden haben. Die ganze internationale Presse beschäftigt sich mit Albanien in so angelegentlichem — und aufgeregter Weise, daß man darüber fast den grauenhaften Verweilungskampf vergißt, der sich im gleichen Augenblick vor den Toren Stambuls an der Schwarzsee abspielt. Denn furchtbarer als die furchtbare Wirklichkeit wirkt die Vorstellung, daß die Völker Europas einander bald gegenüberstehen könnten wie jetzt da unten Türken und Bulgaren!

Warum will Oesterreich die Festsetzung Serbiens an der Adria verhindern? Weil es fürchtet, daß nach der Öffnung der Dardanellen für Rußland die russische Kriegsflotte im serbischen Hafen Aufnahme finden und die Straße von Otranto, den Weg von Triest in das Mitteländische Meer sperren könnte.

Eine solche Sperrung fordert aber die Mitwirkung Italiens, dem die andere Küste gehört, und mit dem Oesterreich zurzeit im Bündnis steht, das sogar selbst die Wünsche Oesterreichs nach Freihaltung der albanischen Küste unterstützt. Nur durch eine kluge Diplomatie nicht mit kriegerischer Gewalt, kann sich Oesterreich den Weg ins Mittelmeer offenhalten. Ebenso gut wie im Bündnis mit Rußland könnte Italien, wenn seine eigene Kraft dazu nicht ausreicht, gemeinsam mit England und Frankreich die Straße von Otranto sperren. Sie würden dank ihrer Ueberlegenheit diese Operation ausführen können, gleichgültig, ob über Durazzo die serbische, türkische oder auch die österreichische Flagge weht. Wäre also auch ein serbischer Kriegshafen an der Ostküste des Adriatischen Meeres für Oesterreich eine Unbequemlichkeit, eine Lebensfrage ist ihm die Freihaltung der Küste nicht. Jeder Staat hat mit unabweisbaren geographischen Tatsachen zu rechnen, es ist Aufgabe der Politik, sich mit ihnen abzufinden und sich nach ihnen einzurichten.

Aber noch ist die Befestigung der Küste durch die Serben nicht erfolgt und wenn sie erfolgt ist, ist sie noch nicht endgültig. Noch sind die Dardanellen für Rußland nicht geöffnet. Noch ist die Frage völlig ungeklärt, ob sich nicht in ruhiger Beratung, durch Vermittlung unbeteiligter Mächte ein Ausgleich zwischen österreichischen und serbischen Wünschen erzielen läßt. Unter solchen Umständen mit dem Kriege zu spielen, ist verbrecherisch.

Deutschland, Frankreich und England — vor allem Deutschland — fällt die Aufgabe zu, in gemeinsamer Arbeit die drohende ungeheure Gefahr von Europa abzuwenden. Die Regierungen von Paris, London und Berlin müssen durch die Völker gezwungen werden, zu erklären, daß um den Adriastreit kein Tropfen französischer, englischer oder deutscher Blut vergossen werden darf. Die drei größten Kulturstaaten Europas dürfen weder durch Petersburger noch durch Wiener Treibereien in eine Katastrophe hineingezogen werden um einer Sache willen, die sie nichts angeht, und die so oder so entschieden werden kann, ohne daß ihre Interessen dadurch im mindesten berührt werden.

Besonders die deutsche Regierung hat aus Anlaß des bevorstehenden Besuchs des österreichischen Thronfolgers allen Grund, sich der Haltung zu erinnern, die ihr gepriesener Meister Bismarck den jetzt brennend gewordenen Fragen gegenüber eingenommen hat. Bismarck sah voraus, daß Deutschland durch einen unheil-

baren Bruch mit Rußland (heute müßte es heißen: mit der Triple-Entente) in die Gefahr der politischen Abhängigkeit von Oesterreich geraten könnte. Dann, schreibt er in seinen „Gedanken und Erinnerungen“:

... würden auch in Wien die Ansprüche wachsen, die man an die Dienste des deutschen Bundesgenossen glauben würde, stellen zu können; erstens in der Erweiterung des casus federis (des Bündnisfalles), der sich bisher nach dem veröffentlichten Text doch nur auf die Abwehr eines russischen Angriffes auf Oesterreich erstreckt, und zweitens in dem Verlangen, dem bezeichneten casus federis die Vertretung österreichischer Interessen auf dem Balkan zu substituieren. Es ist was selbst in unserer Presse schon versucht worden ist. Es ist natürlich, daß die Bewohner des Donaubenedens Bedürfnisse und Pläne haben, die sich über die heutigen Grenzen der österreichisch-ungarischen Monarchie hinaus erstrecken, und die deutsche Reichsverfassung zeigt den Weg an, auf dem Oesterreich eine Verödigung der politischen und materiellen Interessen erreichen kann, die zwischen der Ostgrenze des rumänischen Volkstammes und der Stadt von Saitero vorhanden sind. Aber es ist nicht die Aufgabe des deutschen Reiches, seine Untertanen mit Gut und Blut zur Verwirklichung der österreichisch-ungarischen Monarchie als einer unabhängigen starken Großmacht ist für Deutschland ein Bedürfnis des Gleichgewichts in Europa, für das der Friede des Landes bei eintretender Notwendigkeit mit gutem Gewissen eingeseht werden kann. Man sollte sich jedoch in Wien enthalten, über diese Spekulation hinaus Ansprüche aus dem Bündnisse ableiten zu wollen, für die es nicht geschaffen ist.

Es ist die Pflicht der deutschen Staatsmänner, ihren österreichischen Gast mit Nachdruck darauf aufmerksam zu machen, daß es nach dem Wort des Schöpfers des deutsch-österreichischen Bündnisses nicht die Aufgabe des deutschen Reiches ist, seine Untertanen mit Gut und Blut zur Verwirklichung von nachbarlichen Wünschen herzugeben. Mag Oesterreich im Rat der Mächte in friedlicher Weise seine wirklichen oder vermeintlichen Interessen zur Geltung bringen und sich selbst und den anderen Zeit zu ruhiger Erwägung lassen, wie ein Ausgleich der einander entgegengelegten Ansprüche erzielt werden kann. Wenn es durch Drohungen, ohne Rücksicht auf den Rat und das dringende Friedensbedürfnis der Völker seinen Willen durchzusetzen sucht, wird es als Friedensstörer vor der Welt dastehen, und dann darf die deutsche Regierung, darf das deutsche Volk nicht sein Mitschuldiger sein!

Für die Väter und Mütter, für die Frauen Deutschlands ist es Zeit, sich zu fragen, ob sie ihre Söhne und Männer auf das Schlachtfeld schicken wollen, um zu entscheiden, wem von zwei fremden Staaten in einem fremden Meere ein Hafen gehören soll! Wer zweifelt an der Antwort? Solange Vernunft die Oberhand behält, bleibt uns der Friede gewiß. Aber von den Stufen des Sabsburger Throns steigt der Wahnsinn ins Land und heischt blutige Opfer. Hüten wir uns vor dem unheimlichen Gast!

Das Wahlergebnis in den vereinigten Staaten.

Der überwältigende Sieg des Demokraten Wilson beruht sehr, wenn man die Zahl der Stimmen betrachtet, wie in England und seinen Kolonien gilt auch in der Union das System der Relativmehrheit ohne Stichwahlen. So kann bei vier Parteien die eine, die ein klein wenig über 25 Prozent der Stimmen in jedem Wahlkreise aufbringt, sämtliche Sitze gewinnen, und fast 75 Prozent gehen leer aus. Sehr weit entfernt von diesem unmöglichkeitlichen Falle ist das diesmalige Ergebnis tatsächlich nicht. Ist doch die republikanische Partei schwer geschlagen, trotzdem ihre beiden Gruppen die große Mehrheit der Stimmen aufbrachten. Und die Demokraten haben mit kaum 42 Prozent der abgegebenen Stimmen mehr als 83 Prozent der Wahlmänner für die Präsidentschaftswahl und gut Zweidrittel des Repräsentantenhauses erobert.

Das Repräsentantenhaus, die eigentliche Volksvertretung, besteht aus derzeit 425 Abgeordneten, die in einzelnen Wahlkreisen von etwa 200 000 Seelen gewählt werden. Nach jedem Zensus (alle 10 Jahre) erfolgt Neuverteilung der Wahlkreise. Infolge des Zensus vom 1910 wurde die Abgeordnetenzahl, vorher 390, entsprechend erhöht. Im Senat ist jeder Staat durch zwei Mitglieder vertreten, Nevada mit 82 000 Einwohnern ebenso wie New York mit über 9 Millionen. Die Wahl erfolgt durch die Staatslegislaturen, doch beginnt man jetzt, zur direkten Senatorenwahl überzugehen. Zur Wahl des Präsidentschaften wählt jeder Staat so viele Wahlmänner, als er Abgeordnete und Senatoren zusammen in die Bundesvertretung (Kongress)

entfendet. Das Repräsentantenhaus wird alle zwei Jahre neu gewählt, der Senat alle zwei Jahre zu einem Drittel erneuert. Der Präsident wird auf vier Jahre gewählt.

Nach den vorliegenden Nachrichten, die aber nicht vollständig und wohl auch noch ungenau sind, hat Wilson, der Demokrat, rd. 6 192 000, Roosevelt, der Führer der auf seinen Namen gebildeten Fortschrittspartei, 4 191 000, der jetzige Präsident Taft, Kandidat der alten, konservativen Republikaner, 3 537 000 Stimmen, erhalten. Dabei aber erhielt Wilson 442 Wahlmänner, Roosevelt nur 77, Taft gar nur 12 Wahlmänner. Er siegte nur in 3, Roosevelt in 5, Wilson aber in 40 Staaten. Nicht weniger im Verhältnis zu der Zahl der abgegebenen Stimmen steht die der Abgeordneten. Voraussichtlich würden es 287 Demokraten, 122 alte Republikaner, dagegen nur 16 Fortschrittler sein. Im Senat seien die Zahlen, die noch unvollständig sind: 52 Demokraten, 35 Republikaner, 6 Fortschrittler.

Die Sozialisten sollen 750 000 Stimmen erhalten haben. Gegen die Wahl von 1908 wäre das eine Zunahme um gut 300 000, gegen 1910 um über 140 000 Stimmen, die aber zu der geleisteten Riesearbeit, der gewaltigen Zunahme der Mitgliederzahl, der Presse und in keinem Verhältnis steht. Doch müssen nähere Berichte, die erst das Vorliegen unserer amerikanischen Parteipresse ergeben wird, abgewartet werden. Die Hemmnisse der Bewegung, die es verhinderten, daß die Partei die Frucht ihrer hingebenden agitatorischen und praktischen Arbeit erntete, haben wir schon vor der Wahl dargelegt. Immerhin bestand damals Hoffnung, einige Siege im Repräsentantenhaus zu gewinnen. Daß dies mißlang, beruht in erster Linie auf dem Zusammenschluß der Gegner, die in allen gefährdeten Wahlkreisen ihre angeleglich so tiefen Gegensätze vergaßen und gemeinsam den Kampf gegen die einzige Partei, die sie alle von der Deute, um die sie sonst rufen, verjagen will, kämpften. So ging auch das einzige bisher befehlene Mandat des Genossen Berger, das vor zwei Jahren mit 13 497 Stimmen gegen 13 147 republikanische und 8433 demokratische Stimmen gewonnen wurde, an den gemeinsamen Kandidaten der beiden alten und der „Fortschritt“-Partei verloren. Diese Entwicklung steht zunächst dem Wahlerfolge der Partei im Wege, jedoch sie bei etwa 5 Prozent der abgegebenen Stimmen statt etwa 21 Abgeordneten keinen einzigen erhalten hat. Sie wirkt aber als Aufklärungsunterricht für die drüben besonders große Masse politisch unbezogener Arbeiter so trefflich, daß man dafür die Mißerfolge der ersten Zeit gerne in Kauf nehmen mag. Wieviel kleinere Erfolge bei Landtags- und Gemeindevahlen errungen wurden, ist abzuwarten; bisher wird nur vom Gewinn von drei Sitzen in der Legislatur von Illinois, daneben aber vom Verlust des einzigen im Staate New York berichtet. Ebenso fehlt bisher noch jede Angabe über die Stimmzahl der Prohibitionisten (Alkoholverbotsforderer).

Der Streikbrecher-Mörder freigesprochen.

Die Streikbrecher morden und werden freigesprochen. Wie unseren Lesern noch erinnerlich ist, wurde in der Nacht vom 14. zum 15. September dieses Jahres in Burg bei Magdeburg der Schuhfabrikarbeiter Fritsche auf offener Straße durch den berufsmäßigen Streikbrecher Josef Ruppert aus Karlsruhe erschossen. Am Freitag hatte sich Ruppert vor dem Schwurgericht Magdeburg wegen vorläufiger Körperverletzung mit Todeserfolg zu verantworten.

Bei der Firma A. G. Wolf standen seit Mai d. J. die Holzarbeiter im Streik. Der 25jährige Tischler Ruppert aus Karlsruhe, der schon früher durch Vermittlung eines Arbeitswilligenagenten in Altona, Hamburg, Dortmund und anderen Orten Streikbrecherdienste getan hatte, trat am 6. September bei der Firma Wolf als Arbeitswilliger ein und wurde in einer Baracke im Fabrikhof einquartiert. In der Nacht zum 16. September gegen 2 Uhr kam er aus einer Wirtschaft nach Hause und begehrte, da er keinen Schlüssel hatte, durch übermäßig lautes Klopfen Einlaß. In diesem Augenblick kam Fritsche mit noch drei Kameraden an dem Fabrikgrundstück vorbei. Einer von Fritsches Begleitern machte dabei zu dem Arbeitswilligen die Bemerkung: „Du kannst wohl nicht rein?“ Das nahm dieser gewaltig krumm. Es gab noch eine kurze Rede und Gegenrede und dann feuerte der Streikbrecher zwei Schüsse aus seiner Browningpistole ab, von denen einer den Genossen Fritsche in die Brust traf und nach wenigen Minuten seinen Tod herbeiführte.

In der Gerichtsverhandlung beantragte der Staatsanwalt Feisenberger sofort, die Schuldfragen zu verneinen. Die beiden Belastungszeugen hätten offensichtlich die Unwahrheit gesagt, wofür dem Staatsanwalt als Beweis einmal kleine nebensächliche Differenzen in ihren Aussagen dienten, und zum anderen der Umstand,

daß sie politische Gesinnungsgegnern des Toten seien. Man dürfe dem Angeklagten glauben, daß er sein Leben gefährdet glaubte, da er aus seinen früheren Erfahrungen heraus allen Grund hatte, die Streifenden zu fürchten. Wenn er sich vielleicht auch nicht wirklich in Notwehr befunden hätte, so doch in Putativnotwehr (vermeintliche Notwehr). Und wenn er die Grenzen der Notwehr überschritten habe, so habe er das in Bestürzung und Schrecken getan. Gewiß sei es sehr bedauerlich, daß durch den Schuß ein junger blühender Mensch zu Tode gekommen sei, aber nicht den Angeklagten treffe die Schuld, sondern diejenigen, die die Verhältnisse so zugespitzt hätten, daß man wenig waffentüchtigen Leuten, wie dem Angeklagten, das Waffentragen zu ihrem Schutze habe erlauben müssen.

Die Geschworenen verneinten nach kurzer Beratung die Schuldfragen, worauf der Gerichtshof gegen den Angeklagten auf Freisprechung erkannte.

Die Vorgänge und der Abschluß des Prozesses eröffnen eine grausige Perspektive. Vor etwa zwei Jahren wurde auf der Jungfernheide bei Berlin an den militärischen Schießständen ein Mann erschossen, der dort ruhig spazieren ging. Wegen fahrlässiger Tötung kam der Posten — es war ein Fähnrich und Neffe eines hochgestellten preussischen Offiziers — vor das Kriegsgericht. Er wurde freigesprochen mit der Begründung: der Angeklagte sei ein erblich belasteter nervöser Mensch, sein labiler Gesundheitszustand erzeuge in ihm leicht Angstzustände und in einem solchen Zustand habe er sich eingebildet, der im dunklen Gebüsch (es war abends) gehende Spaziergänger bedrohe ihn, und er müsse sich dagegen wehren. Der Posten habe sich also eingebildet, in Notwehr zu handeln und er müsse deshalb freigesprochen werden. Der Gerichtspruch wurde damals besonders in der liberalen Presse scharf kritisiert und es ist gesagt worden, dergleichen sei nur bei der militärischen Rechtspflege möglich. Nun aber zeigt sich, daß ein bürgerliches Gericht, noch dazu Laienrichter, die Militärjustiz weit übertrifft. Der schießende Streifendener, der ein Menschenleben auslöscht, bedarf nicht einmal eines Psychiaters, um freizukommen; ihm wird ohne weiteres zugestanden, daß er gleichsam von Naturrechts wegen sich stets bedroht fühlen darf; begehrt er eine Schreckenstat, dann kommt ihm seine Normalempfindung des Bedrohtheils zugute, er darf auf einen Freispruch rechnen.

Ob die Juristen von Fach, wir meinen jene, die der Rechtspflege politische Einflüsse fernhalten möchten, nicht erschrecken, daß es soweit gekommen ist? Und ob nicht der und jener bürgerliche Politiker daran denkt, wie das Urteil der Magdeburger Geschworenen auf die Hinweggerasteten wirken muß? Daß es unter den Berufsstreifendern von Rowdys wimmelt, ist notorisch. Wenn nächstens auch Würgersleute von diesen Rowdys über den Haufen gestochen und niedergeknallt werden, dann befinden sich die trauernden Hinterbliebenen vielleicht darauf, wer den Streifendern den „Mut in der Brust“ gespannt hat.

Deutsche Politik.

Interpellationen im sächsischen Landtage. Die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtages brachte am Montag folgende Interpellation zur Fleischsteuerung ein:

Ist die Kgl. Staatsregierung gewillt, weitergehende Maßnahmen gegen die Lebensmittelerhöhung im Bundesrate zu beantragen und, soweit die Landesregierung zuständig ist, selbst durchzuführen, namentlich nach folgenden Gesichtspunkten:

1. Beseitigung oder zeitweilige Aufhebung der Zölle auf Nahrungsmittel aller Art;
2. Aufhebung der Futtermittelzölle;
3. Aufhebung des Systems der Einfuhrzölle;
4. Öffnung der Grenzen für die Einfuhr gefundener fremden Fleisches und Aufhebung des § 12 des Fleisch-einfuhrgesetzes;
5. Dauernde Einrichtungen zur Versorgung der Bevölkerung mit unentbehrlichen Nahrungsmitteln, insbesondere

Mutter.

Von August Friedrich Krause.

(Nachdr. verb.)

Das aber kimmerte die Zuhörer des Glüd-Karl nicht, wo der seine Witze und Veräbnel her hatte, wenn sie nur recht lustig waren. Daß sie wenigstens lustig klangen und durch die Art des Vortrages die Lachmuskeln in Bewegung gesetzt wurden, dafür sorgte der Schuster schon. Keiner verstand es so gut wie er, aus kleinen Geschichten an Wirkung herauszuholen, was nur irgend möglich war, die Neugier zu wecken und zu steigern und die Pointen zwischen die Nachbarn so unerwartet platzen zu lassen, daß die Nachbarn wie auf Kommando losdonnerten.

Schon die äußere Erscheinung des Glüd-Schusters machte einen drolligen Eindruck: auf dem auffallend kleinen, aber gedrungener Körper, saß ein mächtiger Kopf mit überhoher Stirn und einem kräftigen, aber struppig-zerzausten Wollbart, und wenn er auf einer Wirtshausbank hinter einem der breiten Kretschamtische hockte, auf beiden Seiten eingekleidet von lachenden und freischenden Zuhörern, dann sah es aus, als wenn unter die Bauern ein Riese geraten wäre, der, um seine Größe auf menschliches Maß zurückzuführen, sein Untergetöse zu Hause gelassen hat. Man brauchte auch nur das Gesicht zu sehen, das über die schmutzige-flebrige Tischplatte schaute, da konnte einem schon heiter werden ums Herz: jede Rinne, jedes Fältlein lockte mit, wenn der Drollige erzählte, um die Nasenfalten lüfteten, in den Widwinkeln spielten, aus den listig blidenden Auglein kicherten tausend kleine Schalkgeisterchen, und in den buldigen Brauen, die gar so drohend aussehend wollten, spielten die lustigen Vertiefen.

So sah Glüd-Karl, der Schuster, in allen Wirtshäusern, bald in diesem und bald in jenem: war er gestern im Gerichtskretscham oder bei Traugott Kleinmüller gewesen, so ging er heute vielleicht in das Gasthaus zum „Dohlen Stein“, das dicht oberhalb der Kirche liegt, morgen hockte er in Rätzchen, andere Abende in Sackrau, Talschenberg oder Pantau. Die Wirte schmunzelten, wenn er kam, und steck-

tere gefärbtem und gefrorenem Fleisch durch die Gemeinden;

6. Aufhebung der sächsischen Landessteuern auf Vieh und Fleisch.

Die freisinnige Fraktion brachte eine Interpellation wegen der in letzter Zeit erfolgten Lehrermahreglungen ein.

„Dochverräter“. Die Scharfmacherpresse ist wieder einmal „national“ entriest, weil auf der am Sonntag stattgefundenen Generalversammlung von Groß-Berlin Genosse Eugen Ernst gesagt haben soll:

„Die Herrschenden mögen es sich gesagt sein lassen, diese in der Erklärung ausgesprochene Drohung ist keine leere. Wie werden dafür sorgen, daß das deutsche Proletariat sich nicht willenlos zur Schlachttbank führen läßt.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt bereits nach dem Staatsanwalt, dem in diesen Auslassungen liege zweifellos eine Androhung des Hochverrats!

Genosse Ernst stellt nun richtig, daß er die ihm zugeschriebene Äußerung weder dem Wortlaut, noch dem Sinne nach getan habe. Der völlig entstellte Bericht, auf den die bürgerliche Presse sich stützte, stammt, wie das „Berl. Tageblatt“ konstatiert, von dem Journalisten Hugo Friedländer.

Die „Kölnner Korrespondenz“ zur päpstlichen Enzyklika. Die „Kölnner Korrespondenz“ faßt ihr Urteil über die neueste päpstliche Kundgebung in die Worte zusammen:

„Ein großer Sieg der Berliner, ein schwerer Schlag gegen München-Gladbach“. Die Erfüllung der Bedingungen, unter denen Pius X. die christlichen Gewerkschaften tolerieren wolle, komme einem Verzicht auf das Münchener-Gladbacher System gleich. Was man toleriere, verabscheue man. „Man nimmt es aber hin, weil es einestheils die eigenen fundamentalen Lebensprinzipien nicht verletzt, sondern nur gegen die Konsequenzen aus diesen Prinzipien verstößt und andererseits ohne Verurteilung eines noch größeren Übels nicht zu ändern ist. Die Münchener-Gladbacher Gewerkschaften sind also für die Kirche etwas Verwerfliches, aber sie berühren nicht die Fundamente der Kirche. Also toleriert werden die sogenannten christlichen Gewerkschaften, während die so verhasste Berliner Richtung höchstens ungeschickter Lob erfährt. Ist schon jede „Duldung“ ein starkes Mißtrauensvotum, so sind in dieser Duldung Bedingungen verbunden, vor denen jedem Anhänger der „reformierten“ Gewerkschaften grauen muß!“

Die sogenannten christlichen Gewerkschaften sollen im vollen Einklang mit dem Katholizismus bleiben. Für den vollen Einklang der Gewerkschaften mit den katholischen Grundsätzen sollen nach Wunsch des Papstes die Bischöfe sorgen, ja die Bischöfe sollen es als ihre „heiligtliche Pflicht“ betrachten, das Verhalten der sogenannten christlichen Gewerkschaften sorgfältig zu beobachten. Damit stehen die Gewerkschaften unter bischöflicher Kontrolle. Wie sagte in Zürich doch der Generalvorsitzer aller christlichen Gewerkschaften, Zentrumsabgeordneter Schiffer: „Meine Herren Bischöfe, bis hierher und nicht weiter!“ Und haben die Münchener-Gladbacher seinerzeit nicht einen ihrer Leute beauftragt, dem Bischof von Mainz „klarzumachen“, was er von den Gewerkschaften zu halten habe? Jetzt werden die Bischöfe den Gewerkschaften und den Gewerkschaftlern klar machen, was katholisch ist und was nicht. . . . Schließlich: die sogenannten christlichen Gewerkschaften sind trotz aller Einschränkungen und Vorsichtsmahregeln nur in konfessionell gemäßigten Landstrichen zu dulden, während die Berliner Richtung nicht nur in katholischen Gegenden allein herrschen und mit aller Macht gefördert werden soll, sondern auch in nicht-katholischen Gegenden, wo immer sie für die Bedürfnisse der Arbeiter sorgen könne. . . .“

Ausland.

Belgien.

Militärische Rüstung. Die belgische Regierung plant eine Umgestaltung des Rekrutierungsgesetzes und damit eine Erhöhung des Effektivbestandes der Armee. Ueber die Ausgestaltung der Reform sind offenbar im Ministerium Differenzen entstanden. Der Kriegsminister General Michal hat seine Demission gegeben, die der König angenommen

haben soll. Der Ministerpräsident wird provisorisch das Kriegsministerium verwalten, was eine Neuteilung der Portefeuilles notwendig machen würde. Ueber die Tragweite der Kritik ist man im Augenblick nicht unterrichtet. Man wird aber jedenfalls bei der Wiederöffnung der Kammerentscheidungen Näheres erfahren, da eine programmatische Erklärung des Ministeriums erwartet wird.

Frankreich.

Müdang der französischen Geburten. Das Arbeitsministerium hat jochen die Statistik über die Bevölkerungsbewegung in den ersten sechs Monaten des Jahres 1912 veröffentlicht. Daraus geht hervor, daß ein Geburtenüberschuß von 14,177 vorhanden ist, während in der gleichen Periode 1911 die Geburten um 18,279 stärker waren. Dieses günstige Resultat ist jedoch nur der Tatsache zu verdanken, daß die Sterbefälle noch stärker zurückgegangen sind als die Geburten. Die Zahl der als lebend angemeldeten Kinder ist wieder gesunken, und zwar von 385,999 im ersten Halbjahr 1911 (899,069 im ersten Halbjahr 1910) auf 373,807. Die Regierung hat bei der Eröffnung der Kammer am Dienstag übrigens angekündigt, daß eine Kommission ernannt werden soll, um die Ursachen des Geburtenrückganges zu untersuchen und die Mittel, die dagegen zur Anwendung kommen könnten.

Rußland.

Drohung mit Kornschutzzöllen? — Die Fleischhausfrage. Im Handelsministerium wurde unter Teilnahme der Reichs- und von Justizlinien eine Konferenz eröffnet zum Studium der Frage der Einstellung der Einfuhr von deutschen Kornprodukten nach Rußland und Finnland und zum Schutz der Produkte aus Rußland. Das Mitglied des Reichsrates Alexejewitsch Klug Korneinfuhrzölle vor. — Angefaßt der Förderung Deutschlands nach Plettschen. Für aus Rußland hat das Handelsministerium eine Kommission eingesetzt, welche die Frage prüfen soll, ob es wünschenswert sei, den Fleischexport nach Deutschland zu steigern.

Badische Politik.

Auf den Pfaden der alldentschen Kriegsbeher bewegt sich der „Badische Landesbote“. In einer Besprechung des Siegeszugs der Bulgaren, Serben und Griechen kommt das Blatt auch auf die Verhandlungen der Mächte zu sprechen und bezeichnet die Forderung Deserreichs, daß Serbien kein Zugang zum adriatischen Meere gewährt werden könne, als „durchaus berechtigt.“

„Europa wache auf!“ ruft der „Landesbote“. Der Karlsruher Korrespondent des „Schwab. Merkur“ — bekanntlich einer der rabiatesten Alldentschen — ist über diese Haltung des fortschrittlichen Blattes sehr entzückt, sie hat ihm ein „besonders Vergnügen“ bereitet. Ob indessen die Annahme des „Merkur“-Korrespondenten richtig ist, daß die badische Fortschrittspartei den vom „Bad. Landesboten“ verfolgten Standpunkt teilt, erscheint uns einigermaßen fraglich. Dementsprechend doch der „Merkur“-Korrespondent zu den Auslassungen des „Bad. Landesboten“ selbst: „Demokratie ist hier der gewünschte Eingriff der Mächte in das Selbstbestimmungsrecht der siegreichen Balkanstaaten gerade nicht!“

Stimmt! Die vom „Landesboten“ verfolgte Devise: „Europa wache auf!“ bedeutet nichts mehr und nichts weniger, als eine Unterstützung der kriegsbeherischen Politik unserer alldentschen Chauvinisten.

Daß in Deutschland für einen Krieg wegen der serbischen Forderung nach einem Hafen am adriatischen Meere auch nur die allergeringste Begeisterung ausgelöst werden könnte, ist ganz und gar ausgeschlossen. Auf keinen Fall darf ein Blatt, wenn es nicht in den Verdacht kommen will, der Krüge hege Vorjuch zu leisten, sich dazu hergeben, die Stimmung des deutschen Volkes in der Richtung zu beeinflussen, als ob es wegen dieser serbischen Forderungen zu einem Krieg zwischen den europäischen Großstaaten kommen dürfe. Die Frage, ob Serbien einen Zugang nach dem adriatischen Meere erhalten soll, hat nicht entfernt die Bedeutung, die ihr von der österreichischen Diplomatie beigelegt wird; am allerwenigsten aber hat man in Deutschland irgendwelche Ursache, die österreichische Diplomatie, in ihrer Auffassung, als ob es sich hier um eine Lebensfrage Österreichs handle, zu bestärken und auf diese Weise den Konflikt auf die Spitze zu treiben. Daß ausgerechnet der „Bad. Landesbote“, das Haupt-

zumAbendessen hatte er zu Hause zu sein und danach sich zu Bett zu legen.

Zimmer finstere und drohender wurde das Gesicht, das sie dem Gesellen zeigte. Um zehn wäre Nachacht bei ihr im Haus da, erinnerte sie einmal. Das Gerumstrolchen mußte sie sich abgewöhnen, jetzt, da er in einem christlichen Hause sei, murrte sie ein andermal.

Sie konnte ihm nicht recht an: Höflich in acht nehmen tat er sich, der Joseph, daß er nicht angefaßt oder gar betrunken heim kam, und am Tage machte er seine Arbeit wie jeder und mehr; denn er war nicht nur fleißig, was er schaffte, wurde auch sauber und akkurat, und er brachte etwas vor sich, das mußte man ihm lassen.

Die Meisterin mußte, einen solchen Arbeiter brauchte ihre Werkstatt, nicht bloß wegen der Ausstattung für des Winkler-Bauern Tochter in Rätzchen, die Ende November heiraten wollte, sondern auch wegen des Paul, dem ein Vorbild und die Erfahrung eines Tüchtigen not waren. Aber das Kretschamgelaufe sollte er sein lassen, der Joseph, sonst waren sie geschiedene Leute.

Der Geselle hörte nicht auf das Erinnern und nicht auf das Murren und tat, als gälte das böse Gesicht der Meisterin nicht ihm. Er mußte selbst nicht, was ihn so sicher machte, vielleicht, daß er in der Werkstatt voll seine Pflicht tat und auch sonst sich nichts zuzuhnden kommen ließ.

In einem Wochenausgang behielt die Meisterin ihm den Lohn ein. Was er brauche, habe er ja, sie werde es für ihn in der Kreisparafse einzahlen. Verdutzt ließ er es sich gefallen; aber am Sonntag nachmittag nach dem Essen, ehe er nach Rätzchen ging, wo heute der Glüd-Schuster sein wollte, bat er um eine Mark. Demütig und beiseiden tat er, wie immer, wenn er sich nicht stark genug fühlte zum Troken.

Wozu er die brauche, die Mark? In den Kretscham wolle er halt ein bißel! Das habe sie nun gerade schon satt, das Kneipengerenne; begehrt sie auf.

Einen Spah müsse der Mensch doch auch haben, meinte der Joseph schlichtern, und er arbeite doch, wie sich gehöre. Oder arbeite er nicht genug?

organ der badischen Fortschrittler, die Kriegsgefährlichen Treibereien unterstützt, zeigt zu welchen Konsequenzen schließlich die Verleugnung der demokratischen Prinzipien führt. In dem ängstlichen Bemühen, die Fortschrittler nicht in den Verdacht einer antinationalen Gesinnung zu bringen, ist der „Badische Landesbote“ in das politische Fahrwasser der alldutschen Chauvinisten und Zentralisten geraten. Nur daraus erklärt sich auch die „patriotische“ Hebe, die er neuerdings gegen die Sozialdemokratie betreibt und wofür ihm der „Merkur“-Korrespondent mit einem „Bravo“ quittiert. Eine demokratische Politik, die das Entzücken des „Merkur“-Korrespondenten hervorruft, richtet sich von selbst. Neugierig darf man sein, ob die Parteileitung der badischen Fortschrittler die Reize, welche der „Badische Landesbote“ angetreten hat, mitmachen wird. Einstweilen möchten wir das noch begehren.

Reale Interessen und Staatstheorien.

In dem Artikel des Karlsruhe' „Merkur“-Korrespondenten, in welchem er mit „besonderem Vergnügen“ die chauvinistisch-imperialistischen Seitenstücke des „Bad. Landesboten“ registriert, heißt es einleitend:

„Die weltgeschichtlichen Ereignisse auf der Balkanhalbinsel kann niemand miterleben, ohne einen tiefen Eindruck von den Lehren zu empfangen, die diese Ereignisse mit eburnen Zungen predigen.“

Insofern können wir dem „Merkur“-Korrespondenten zustimmen. Die Vorgänge auf dem Balkan predigen mit eburnen Zungen Lehren, an welchen man nicht achtlos vorbeigehen darf. Die Frage ist nur die, wer am meisten Ursache hat, diese Lehren nicht zu beherzigen. Mit der Abgabe des „Merkur“-Korrespondenten, die realen Interessen mühten Staatstheorien vorgehen, ist rein gar nichts gesagt, am allerwenigsten im Hinblick auf die Ereignisse, welche sich jenseits auf dem Balkan abspielten. Noch vor vier Wochen war es für die europäische Diplomatie ein „reales Interesse“, daß auf dem Balkan der Status quo erhalten bleiben und daß die „Staatstheorien“ der Balkanstaaten hinter diesen realen Interessen der europäischen Diplomatie zurückstehen müssen. Davon ist heute gar keine Rede mehr. Der Status quo auf dem Balkan ist endgültig preisgegeben und die Staatstheorie der Balkanstaaten geht ihrer Verwirklichung entgegen. Welche „Theorien“ durch einen europäischen Krieg zur Verwirklichung reif würden, läßt sich gar nicht überlegen, nur soviel ist sicher, daß ein solcher Krieg ganz andere Stimmungen auslösen würde, als unsere chauvinistischen es sich träumen. Wer noch über ein bißchen gelunden Menschenverstand verfügt, der wird nur mit Grauen an die Folgen eines europäischen Krieges denken können, denn das, was jetzt auf dem Balkan sich abspielt, kann bestenfalls nur eine Ahnung von dem aufkommen lassen, was an Menschenmord und Verführung ein europäischer Krieg notwendigerweise zur Folge haben müßte. Und warum? Etwa wegen des serbischen Hafens am adriatischen Meere? Der Gebante ist zu verrückt, als daß man glauben könnte, die Diplomaten ließen es dieherhalb zu der europäischen Kriegskatastrophe kommen.

Zur gleichen Zeit, als die europäische Diplomatie die Karole: „Erhaltung des Status quo“ ausgab, spöttelte der „Merkur“-Korrespondent über die sozialdemokratische Karole: „Der Balkan den Balkanvölkern“. Und doch hat sich diese verhöhnende und verpöthete sozialdemokratische „Staatstheorie“ als richtig erwiesen, während die „realen Interessen“ der europäischen Diplomatie mit der Erhaltung des Status quo sich als fauler diplomatischer Zauber entpuppt haben.

Die in das Gewand des Drafels gehüllten Sprüche chauvinistischer Allernweltpolitiker können uns nicht imponieren, denn es steckt wirklich gar nichts dahinter, als die Einbildung. Mit Bedensarten wie: „Die realen Interessen müssen den Staatstheorien vorgehen“, läßt sich nichts beweisen, das sind eben nur leere Redensarten, die geheimnisvoll klingen, hinter welchen sich aber in den meisten Fällen nur ein chauvinistischer Dünkel verbirgt, über den die reale Praxis zur Tagesordnung übergeht.

In einem langen Gehartikel

schimpft der „Bad. Beobachter“ wieder einmal auf die Sozialdemokratie. Unsere Bemerkung, daß die Kirche

Von unten her schielte sein demütig gefenker Blick lauernd nach ihrem unbewegten Gesicht.

Er ist doch ein Falscher, der Joseph, dachte die Meisterin, der sein Blick nicht entgangen war, aber bestätigen mußte sie: Zufrieden sei sie ja mit ihm sonst!

Selbst gesagt hätte sie, erinnere er: Wenn er ohne Korn nicht auskäme, müßte er ihn draußen trinken! Nicht so schwer machen sollte ihm doch die Meisterin das ordentliche Leben!

Da gab sie ihm, ohne noch ein Wort zu sagen, die Mark, und er hütelte sich, in derselben Woche noch einmal um Geld zu kommen. Am Sonntag aber schob sie ihm ungebeten eine Mark wieder hin.

So ging es eine Weile gut.

Gern sah freilich die Rothe-Tischlern das Herumböden ihres Gefellen in den Wirtschaften nimmer, und sie konnte ihm nicht vergeben, daß sie es dulden mußte, weil er sie mit ihren eigenen Worten geschlagen hatte.

„Ein Lückischer ist er“, dachte sie oft, „und er muß mir aus dem Hause. Falsche Augen hat er und ein falsches Getue!“

Da hinterbrachte ihr einer, der wegen einer Bestellung kam, daß sie ja gar eine dicke Freundschaft zwischen den beiden, ihrem Gefellen und dem Glied-Schuster!

Das schlug ihr in die Galle.

Am Abend, als der Paul noch in der Werkstatt zu tun hatte, und sie mit dem Joseph allein am Tisch in der Wohnstube saß, fragte sie:

„Nix wahr, das, mit dem Schuster?“

„Was?“ wunderte der sich ganz verduzt.

„Daß Ihr es mit dem Spähelmacher haltet, mit dem Schuster?“

Erkannte sah der Joseph ihr in das von der Lampe nur halb erleuchtete Gesicht, in dem die Augen wie zwei kalt glühende Steine standen.

„Ja, ja, halt“, gestand er, „wir haben diesmal und jedesmal zusammengeessen im Kretscham.“

(Fortsetzung folgt.)

nichts gegen den Krieg tue, ja sich an demselben mehr oder minder interessiert zeigt, hat ihn ganz aus dem Häuschen gebracht. Wir verachten darauf, die Anwürfe gegen unsere Partei einer Erwiderung zu würdigen. Solche tollhässlichen Ausfälle richten sich von selbst. Nur zu einigen Sätzen in dem Artikel des „B. B.“ wollen wir Stellung nehmen. Er schreibt u. a.:

„Tatsache ist, daß die Kirche fortwährend für den Frieden wirkt, indem sie lehrt, daß alle Menschen Brüder weil Kinder Gottes sind. Ihr Wirken ist auch überall dem Frieden zu gut gekommen und wenn einmal die Lehre Christi allgemein anerkannt sein und ihr Sittengebot befolgt wird, dann hört der Krieg von selber auf. Aber einstweilen bleibt dieser Zustand ein Ideal, dessen Verwirklichung um so ferner ist, je mehr es Richtungen in der Menschheit gibt, welche die Freiheit der Leidenschaft predigen und an Stelle der Liebe den Haß der Klassen setzen.“

Das liest sich ja sehr schön, stimmt aber nicht mit den Tatsachen überein. Wir wollen gar nicht von der Kriegsbegehe reden, welche die österreichischen Klerikalen Blätter seit Wochen und Monaten betreiben. Bekanntlich hat Italien gegen die Türkei einen frechen Raubzug unternommen, indem es ohne jeden berechtigten Anlaß in Tripolis einfiel und dieses der Türkei gehörige Land mit Gewalt an sich gerissen hat. Wo war da die Kirche mit ihrem christlichen Sittengebot? Hat sie etwa gegen diesen Raubzug protestiert? O nein! Sie hat im Gegenteil den Segen des Himmels auf diesen Räuberraub, dem nichts anderes als kapitalistische Interessen zu Grunde lagen, herabgeflucht. So macht sie es überall. Anstatt gegen die Kriegsbegehe die Lehre Christi zu verkünden, hebt sie schützend ihren Arm über die Kriegsheger und wenn es zum Krieg kommt, betet die Klerikale der verschiedensten Staaten zu demselben Gott um den Sieg der verschiedensten Staaten. Das macht nicht nur die römische Klerikale so.

So gering wie der „Bad. Beobachter“ den Einfluß der Kirche hinstellt, ist er nicht. Oder will der „Bad. Beob.“ glauben machen, daß es ohne Einfluß wäre, wenn von den Klängen allüberall für den Frieden und gegen den Krieg Propaganda gemacht würde? Man schaut sich doch auch nicht, von der Kanzeln gegen die Sozialdemokratie zu heulen! Aber die Kirche will es mit den kapitalistischen Machthabern nicht verderben, auch wenn deren Politik ein Hehl auf alle christlichen Sittengebote ist. Deshalb stellt sie sich lieber auf die Seite der Kriegsheger, anstatt gegen sie zu Felde zu ziehen.

Der „Bad. Beob.“ sucht diese Tatsache mit der materialistischen Gesichtsauffassung zu begründen, indem er schreibt:

„Die Sozialdemokratie sagt ja gern, die materiellen Fragen seien heute stärker als die geistigen; dagegen werde man sich vergebens auflehnen. Sie huldigt dem historischen Materialismus, wonach alle Entwicklung notwendig ist und durch Eingreifen der Menschen nicht geändert werden kann. Wenn sie aber der Kirche einen Vorwurf machen will, dann vergißt sie das alles und erlangt ihr ganzes System aus Haß gegen Religion und Kirche.“

Der Herr, der diese Sätze geschrieben hat, hat von der materialistischen Gesichtstheorie keine Ahnung. Wann und wo hat denn die Sozialdemokratie je behauptet, durch menschliches Eingreifen könne an der Entwicklung nichts geändert werden? Solchen Unsinn zu behaupten ist noch keinem Sozialdemokraten eingefallen, am allerwenigsten Karl Marx, dem Begründer der materialistischen Gesichtstheorie. Man sieht an diesem Beispiel aber wieder, wie wenig vertraut die „allwissende“ Redaktion des „Bad. Beobachter“ mit den sozialistischen Theorien ist, über die sie das ganze Jahr hindurch räsoniert. Neu ist das für uns nicht, aber es ist gut, wenn es hin und wieder in so eklatanter Weise bestätigt wird.

Die Beamtenpetitionen

werden, wie die „Bad. Natl. Korresp.“ berichtet, von der Ersten Kammer nicht mehr behandelt werden.

Zum Militärvereinsboykott der Presse.

Die „Preisg. Ztg.“ schreibt: Es sind uns in der letzten Zeit wiederholt Berichte von Militärvereinen zugegangen, deren Aufnahme wir im Hinblick auf den Konflikt des Militärvereinsverbandspräsidiums mit den Redakteuren Konstanzer Blätter, mit denen sich die gesamte badische Presse solidarisch erklärt hat, leider ablehnen mußten. Sobald den beleidigten Konstanzer Pressevertretern seitens des Militärvereinsverbandspräsidiums Genugtuung gegeben wird, werden wir wieder in der Lage sein, die Berichterstattung über Militärvereinsversammlungen usw. aufzunehmen.

Ein sonderbarer Arbeitervertreter und ein ebenso sonderbarer Vorgesetzter.

Vor dem Schöffengericht und der Strafkammer Karlsruhe spielte sich vor einiger Zeit eine Privatklage des Gauleiters des süddeutschen Eisenbahner-Verbandes Schwall gegen den Bahnarbeiter Grether, Mitglied des badischen Eisenbahner-Verbandes und Vertreter der Gallenarbeiter im Arbeiterausschuß ab. Schwall hatte anlässlich der Dumberth-Verammlung, die im Juni 1911 stattgefunden hatte, den Grether einen Denunzianten genannt und eine Resolution der Mitarbeiter des Dumberth und Grether verlesen, worin behauptet worden war, daß Grether zum Verräter der Kollegen geworden sei.

Interessant sind nun die Feststellungen, die in Bezug auf diesen Punkt die Strafkammer in ihrem Urteil getroffen hat. Wir zitieren aus dem Strafkammer-Urteil vom 4. Oktober 1912:

„Es sind nun aber auch heute eine Reihe von Tatsachen festgestellt worden, die den Grether als Arbeitervertreter in einem merkwürdigen Licht erscheinen lassen. Er gab heute selbst zu, daß er von einem seiner Vorgesetzten den Auftrag bekam, in eine Arbeiterversammlung zu gehen — es war die sogenannte „Zivoli“-Versammlung vom 4. Mai 1911 — und ihm über deren Verlauf zu berichten. Er gibt weiter zu, daß von den Einberufern jener Versammlung ausdrücklich verlangt wurde, es dürfe nichts hinausgetragen werden; er hat trotzdem der vorgelegten Behörde berichtet. Schließlich hat er auch die Namen der Antragsteller weitergegeben an die Behörde, als Dumberth — möglicherweise nicht aus sachlichen Gründen — in einer Versammlung, die Grether zu seiner Informierung als

Arbeitervertreter einberufen hatte, Anträge stellte auf bessere Behandlung durch die Vorgesetzten und bessere Instandhaltung der Geräte. Ein derartiges Weitergeben der Namen der Angestellten war niemals üblich gewesen.

Damit aber ist bewiesen, daß Grether sein Amt als Arbeitervertreter in einer Weise ausübte, die in den Augen der Arbeiter als eine „Verräterei“ angesehen werden konnte.“

Und weiter heißt es an anderer Stelle des Urteils:

„Das merkwürdige Verhalten Grethers konnte vor der Versammlung der Bahnarbeiter nicht wohl anders besprochen werden, als wie es hier geschah und wenn die gebrauchten Ausdrücke „Denunziant“ „Spiele eine zweideutige Rolle“ auch scharf sind, so müßten sie hier eben gebraucht werden, um das zu charakterisieren, was hier vorlag: eine unerwünschte Verbindung der Stellung als Arbeitervertreter mit der eines Berichterstatters für die vorgelegte Behörde.“

Nach den Feststellungen, die in diesem Urteil getroffen sind, wird der „Arbeitervertreter“ Grether, der übrigens bei der letzten Wahl schon durchgefallen ist, auch für den badischen Eisenbahnerverband wohl endgültig erledigt sein. Er war wirklich ein „merkwürdiger“ Vertreter seiner Kollegen im Arbeiterausschuß und es ist, wie auch das Gericht annahm, zu seinen Gunsten lediglich zu sagen, daß er sich infolge seiner geringen geistigen Fähigkeit der Zweideutigkeit seiner Rolle gar nicht bewußt geworden ist.

Etwas anderes aber ist es mit der Feststellung, welche in diesem Urteil über das Verhalten des Vorgesetzten des Grether getroffen worden ist.

Es handelt sich dabei um den Stationskontrollleur Helmlinger. Das ist der Mann, von welchem durch das Urteil der Strafkammer festgestellt worden ist, daß er einen Arbeitervertreter dazu mißbraucht hat, als Berichterstatter der Behörde in eine Versammlung der Eisenbahnarbeiter zu gehen und ihm über die Vorgänge der Versammlung Bericht zu erstatten. Man kann wohl sagen: Es ist zwar nur für den einen Fall gelungen, festzustellen, daß Helmlinger einen Arbeiter zu diesem unfauberen Zweck benutzt hat, aber es ist zu vermuten, daß der Herr Stationskontrollleur nicht lediglich für die Vorgänge dieser einen Versammlung Interesse hatte, sondern daß er auch andere ebenso geschlossene Versammlungen der Eisenbahnarbeiter in der gleichen Weise überwachen hat lassen.

Es muß die entschiedenste Verwahrung eingelegt werden gegen derartige unfaubere Madenschaften eines Vorgesetzten. Wenn der Herr Stationskontrollleur glaubt, daß die Vorgänge in den Versammlungen der Eisenbahnarbeiter für ihn Interesse haben, so steht es ihm gewiß frei, entweder selbst den Versammlungen beizuwohnen, soweit sie öffentlich sind, oder einen offiziellen Beauftragten dorthin zu schicken. Es ist aber unanständig und verwerflich, wenn man in Versammlungen der Arbeiter, wo diese offen reden, weil sie glauben unter sich zu sein, geheime Beauftragte der vorgelegten Behörde hinschickt, um die Arbeiter zu überwachen und das in solchen Versammlungen Besprochene der Behörde zu hinterbringen.

Ganz und gar verwerflich aber ist es, daß der Herr Stationskontrollleur gerade einen Arbeitervertreter, also den gewählten Vertrauensmann der Arbeiter, dazu mißbraucht hat, den Berichterstatter für die Behörde zu spielen. Er brachte dadurch den Mann in einen gewissen Konflikt zwischen den Pflichten eines Arbeitervertreters auf der einen Seite, welcher die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen hat und der Pflicht des Gehorsams gegenüber seiner vorgelegten Behörde. Es ist eine Schande, daß ein Beamter die Macht, die ihm über seine Untergebenen in die Hände gelegt ist, in der Weise ausnutzt, daß er von seinem Untergebenen moralisch unanständige Dienste verlangt, die auch nach der Feststellung der Strafkammer von den Arbeitern als Verräterei angesehen werden können.

Wie stellt sich eigentlich die vorgelegte Behörde des Herrn Helmlinger zu diesen Dingen und wie stellt man sich in der Generaldirektion dazu? Ist man dort damit einverstanden, daß die Arbeiter in der Weise bespitzelt werden und hat man dort etwa gar dem Herrn Helmlinger den Auftrag gegeben, sich auf diese Weise Kenntnis zu verschaffen? Oder will die Generaldirektion erklären, daß sie solche unfauberen Geschäfte des Herrn Helmlinger verurteilt, daß sie sich solcher ruffischen Mittel nicht bedient, daß mit ihrem Wissen und mit ihrer Billigung keine Spione in Versammlungen der Arbeiter geschickt werden?

Eine klare Entscheidung und Auskunft der Generaldirektion wäre in diesem, für die Arbeiterschaft außerordentlich wichtigen Fall sehr angebracht.

Der geschäftsführende Ausschuss der nationalliberalen Partei hat die Gründung einer Wochenchrift endgültig beschlossen. Die einleitenden Arbeiten dazu werden einer Kommission übertragen.

Die Teuerung.

Die Fleischpreise in der zweiten Hälfte des Oktober.

Nach den Preisberichten des preussischen Statistischen Amtes sind die Fleischpreise im Gesamtdurchschnitt für Preußen in der zweiten Hälfte des Oktober gegen die erste Hälfte zurückgegangen, und zwar vornehmlich in den Städten, die ausländisches Fleisch vermittelten und verkauften. Aber nicht alle diese Städte haben einen Preisrückgang zu verzeichnen; ein Beweis dafür, daß die Regierungsmassnahmen nicht genügen. Die Statistik gibt folgende Zahlen über die Preise:

	Rind,	Kalb-, Hammel-, Schweinefleisch
2. Hälfte Okt. 1912:	189,6	203,7
1. Hälfte Okt. 1912:	194,0	208,4
Monat Oktober 1912:	191,7	204,8
„ „ 1911:	189,4	187,2
„ „ 1910:	170,5	189,4
„ „ 1909:	165,9	175,5

Auch aus Süddeutschland kommt die Meldung, daß dort, wo die Kommunen eingriffen, vielfach Preisermäßigungen zu verzeichnen sind. In Karlsruhe sanken die Fleischpreise um 10 Pf. pro Pfund.

Das Verlangen nach billigerem Fleisch

ist nicht nur in minderbemittelten, sondern an vielen Orten auch in den besserstehenden Kreisen so groß, daß über letztere lebhaft Klagen laut werden, weil doch das billigere, von den Kommunen beschaffte ausländische Fleisch in erster Linie für

die minderbemittelten Klassen bestimmt ist. So klagt unser Altenburger Parteiblatt, daß in den altenburgischen Weberorten selbst Leute ihre Dienstmädchen zu den städtischen Fleischverkaufsstellen schicken und von jeder Sorte fünf Pfund Fleisch holen lassen, die die „Deutsche Tageszeitung“ auf dem Tische haben. An sieht, wie die Teuerung auch in den besser situierten Kreisen wirkt; gleichzeitig aber geht daraus hervor, daß das ausländische Fleisch gut ist und daß der Genuß nicht durch habgierige Fleischermeister, die eine unbequeme Konkurrenz fürchten, vereitelt werden kann.

Genossenschaftsbewegung.

Freiburg i. Br., 10. Nov. Der Lebensbedürfnis- und Produktivvereine hat in einer außerordentlichen Generalversammlung den Antrag der Verwaltung auf Anschluß an eine Gesellschaft m. b. H. zum Zwecke der Milchversorgung einstimmig angenommen.

Kommunalpolitik.

Stadtvorordnetenwahlen in Frankfurt a. M.

Am Donnerstag, 14. November, schreien die Bürger von Frankfurt a. M. zur Wahl, um ein gutes Drittel ihrer Vertreter im Stadtparlament neu zu wählen. Die Frankfurter Stadtvorordnetenwahlen sind bei der Bedeutung dieser Stadt bisher auch immer außerhalb Frankfurts mit Interesse verfolgt worden. Und die Arbeiterschaft hat die Resultate dieser Wahlen in den letzten 12 Jahren immer mit Freude und Stolz aufgenommen, verbunden sie doch das starke Fortschreiten der Sozialdemokratie, die feste Verankerung der sozialdemokratischen Vertreter im Frankfurter Rathaus. Vor genau 12 Jahren wurde der erste Sozialdemokrat, Genosse Dr. Quard, gewählt. Vier Jahre darauf trat er im Rathaus allein die Interessen der werktätigen Bevölkerung, und mancher Strauß hatte er allein in dieser Zeit mit den Bürgerlichen auszufechten. Im Jahre 1904 gelang es ihm, Quard zwei weitere sozialdemokratische Stadtvorordnete, 1906 stieg die Zahl der Sozialdemokraten auf 6, um dann 1908 auf 15 und 1910 auf 20 (davon 5 Vertreter der neu eingemeldeten Vororte) emporzuschleppen. So verhielt sich trotz des 1200 Mark-Jenusses die Zahl der sozialdemokratischen Stadtvorordneten von Wahl zu Wahl, und mit der Erstarkung der sozialdemokratischen Fraktion wuchs auch ihr kommunalpolitischer Einfluß und ihre Macht.

Die Stadtvorordnetenversammlung zählt 71 Stadtvorordnete. Davon scheiden diesmal (oder sind bereits ausgeschieden) 27 aus. Von diesen 27 Mandaten hatten bisher inne: Fortschrittler 14, Sozialdemokraten 6, Nationalliberale 5 und Mittelständler 2. Das ganze Kollegium setzte sich aus 34 Fortschrittler, 22 Sozialdemokraten, 12 Nationalliberalen und 3 Mittelständler zusammen. Die Sozialdemokraten bildeten also die zweitstärkste Fraktion, was aber die „liberalen“ Fortschrittler natürlich nicht hinderte, den der sozialdemokratischen Fraktion zugehörigen Sitz im Präsidium ihr zu verweigern. Ein Jahresblatt in der Geschichte der Frankfurter Fortschrittler.

Die soziald. Partei ist mit guter Zuversicht in den Wahlkampf gezogen. Sie hat ihn eröffnet, als die bürgerlichen Parteien noch um die Verteilung der Mandate scharrten und ihnen die Kandidatenfrage noch sehr große Sorgen machte. Die freiesten eine Einigung sämtlicher bürgerlicher Parteien an. Nur so glauben sie die soziald. Plut dämmen zu können. Die Einigung kam aber nicht ganz zu stande. Das Zentrum macht trotz heißen Liebeswerben durch die Fortschrittler nur im Bezirk Volkenheim mit, wo Genosse Dr. Quard aus dem Sattel gehoben werden soll. In den übrigen Bezirken stellt das Zentrum eigene Kandidaten auf, weil ihm nur Durchfallskandidaturen als Gegenleistung angeboten wurden. Fortschrittler, Nationalliberale und Mittelständler liegen sich aber in den Armen und wollen vereint den roten Feind schlagen. Es wird ihnen aber sehr, sehr hart werden, sie werden froh sein, wenn sie nicht allzuviel Mandate verlieren. Die Fortschrittliche Volkspartei hat sich mit dem Verlust von Mandaten schon abgefunden. Sie mußte sich bei der Vereinbarung mit nur 12 Kandidaten begnügen (14 Mandate hat sie zu verteidigen), während die Nationalliberalen 7 und die Mittelständler 5 Kandidaturen erhalten. Außerdem stehen auf der Liste des Stadelmüllers ein Zentrumsmann und ein „Nationalist“. Diesem Nationalisten stellt aber das Zentrum einen besonderen Kandidaten gegenüber.

Die 6 Mandate, die die Sozialdemokratie zu verteidigen hat, sind für sie sicher. Sie wird diese nicht nur behaupten, sondern auch neue Sitze erobern. Die Mehrheit der Stadtvorordnetenversammlung, mit der die Fortschrittler die Stadtvorordnetenwahlen beenden, kann unsere Partei allerdings bei diesen Wahlen noch nicht erringen. Es ist aber möglich, daß unsere Fraktion des Rathauses die fortschrittliche überflügelt und zur stärksten Fraktion des Rathauses wird. Sicherlich wird der 14. November unserer Partei neue Siege bringen.

Vertikaler Fortschritt, horizontaler Rückschritt. Man schreibt uns aus Hagsfeld: Wenn man heute zur Abendzeit das Weichbild Karlsruhe verläßt und seinen Weg nach den ehemaligen Ortsteilen, den heutigen Vororten Karlsruhen, Müppurr, Amlheim usw. nimmt, so macht es auf den Beschauber geradezu einen errettenen Eindruck, wenn er sieht, wie schon die Straßen dieser Vororte heute gegen früher beleuchtet sind. Na, führt sogar der Weg den Wanderer im Westen des Weichbildes über den Vorort Müppurr hinaus, so findet er, daß sogar die Gemeinde Hagsfeld, die nicht zu Karlsruhe gehört und durch die Einsicht seiner Gemeindeglieder diesen Kulturfortschritt sich zu eigen gemacht hat und die Straßen seiner Ortschaft durch Gas beleuchtet ist. Gleich zu Anfang des Ortes, an der Kreuzung der strategischen Bahnlinie mit der Landstraße, begrüßen den Wanderer zwei Gaslichtlaternen als Uebergangsbeleuchtung und im Innern des Ortes glaubt man sich nicht in der Dardanelenlandschaft Hagsfeld, sondern in den Straßen Karlsruhes, die als Großstadtstraßen auch nicht besser beleuchtet sind.

Wenn man nun seinen Weg nach der Station Hagsfeld der groß. bad. Staatseisenbahn nimmt, so macht es dieser Straßenbeleuchtung im Orte gegenüber einen heile nenden Eindruck, wenn man sieht, wie dieser Bahnhof und der Zugangsweg zu diesem, heute noch, nach 3 Jahren, seitdem das Gas in Hagsfeld eingeführt ist, in dem vorhin genannten Punkte der Delleuchtung erstrahlen. Es ist geradezu bezeichnend für eine Staatsbehörde, die jährlich Tausende und Wertausende aus gibt für alles mögliche und unmögliche und nicht einmal so viel aufwendet, um diesen Bahnhof mit Gasbeleuchtung zu versehen. Wenn eine Gemeinde mit circa 2000 Seelen sich eine derartige Kulturerrungenschaft zu eigen macht, so ist das ein nur zu begründeter Fortschritt; ebenso rüchdrücklich ist es dagegen von einer Staatsbehörde, wenn sie den Bahnhof desselben Ortes mit Del beleuchtet.

Es wäre nun einmal tatsächlich an der Zeit, mit dieser vorhin genannten Beleuchtung aufzuräumen und die Bahnstation Hagsfeld mit Gas zu beleuchten, d. h. mit einem modernen Beleuchtungsmittel, wie es im 20. Jahrhundert angebracht ist. Immerhin, da die Möglichkeit hierzu sehr einfach gegeben ist, da man sich nur den Fortschritt der Gemeinde zu eigen zu machen braucht.

Die Elektrizitätsversorgung von Friedrichsfeld. Der Gemeinderat der Gemeinde Friedrichsfeld bei Mannheim hat wegen Versorgung der Gemeinde mit elektrischer Energie für Licht, Kraft und sonstige Zwecke, vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses und der Staatsgenehmigung, mit der Oberrheinischen Eisenbahngesellschaft einen Vertrag abgeschlossen.

Bei der Bürgermeisterwahl in Gölshausen wurde Gemeindevater E. Pfisterer gewählt.

Soziale Rundschau.

Kinderarbeit. Nach den Berichten der deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1911 wurden in sämtlichen Betrieben mit mindestens 10 Arbeitern noch 13 404 (1910: 12 870) Kinder von unter 14 Jahren beschäftigt. Davon entfielen auf Preußen 2966, auf Bayern, wo die Schulpflicht mit dem vollendeten 13. Lebensjahre aufhört, 4182, auf Sachsen 2627, auf Württemberg 1649, auf Elsaß-Lothringen 1650. In den übrigen deutschen Staaten war die Kinderarbeit nur mit belanglosen Ziffern vertreten. Ein starker Rückgang ist in Baden eingetreten, wo 1910 noch 532, 1911 nur noch 145 in diesen Betrieben beschäftigte Kinder gezählt wurden. Mit früheren Jahren ist eine Vergleichung nicht möglich, da erst seit 1910 die Nachwahlen so wie jetzt für Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern und nicht für die Fabriken wie bis dahin, aufgestellt werden. Nach einer Mitteilung des „Reichsarbeitsblattes“ waren 1907 in den unter der Gewerbeaufsicht stehenden Betrieben in Deutschland 18 054 Kinder beschäftigt = 0,2 v. H. der Arbeiter überhaupt, in Großbritannien und Irland 25 513 = 0,8 v. H., in Frankreich (Kinder unter 15 Jahren) 240 000 = 6 v. H., in Japan 57 587 = 9 v. H. Am stärksten ist in allen diesen Staaten die Beschäftigung der Kinder in der Textilindustrie.

Das deutsche Reich steht auch in Bezug auf die Frauenarbeit unter diesen Staaten am günstigsten da. Es wurden 1907 1 296 382 = 21,2 v. H. weibliche Arbeiter beschäftigt, in Großbritannien und Irland dagegen 1 426 978 = 32 v. H., in Frankreich 900 000 = 22,5 v. H., in Japan 341 865 = 8,1 v. H. In Deutschland würde es hiernach auch wohl am leichtesten möglich sein, gewisse Beschäftigungen von Kindern und Frauen vollständig zu beseitigen beziehungsweise zu einschränken, daß die Volkserziehung dadurch nicht mehr benachteiligt wird.

Offenlich verdrängt wenigstens das traurige Kapitel der Kinderarbeit bald aus unserer Statistik.

L. Der Rechenzählerbericht des badischen Landesfeuerwehverbandes für die Jahre 1910 und 1911 weist eine Einnahme von 17 218 M. und eine Ausgabe von 16 395 M. auf, sodaß ein Kassendefizit von 822 M. verbleibt. Das Reinergebnis beträgt zurzeit 12 509 M. Die Landesfeuerwehverbände der übrigen Reichsteile hatten zu Neujahr ds. J. ein Reinergebnis von 193 502 M. Dasselbe betrug zu Neujahr 1911 rund 216 117 M. Es ist also ein Rückgang im Betrage von 22 614 M. zu verzeichnen. In 1911 fehlten sich die Verhältnisse wieder. Die Einnahmen betragen einschließlich des Staatszuschusses von 145 000 M. im Ganzen 555 703 M., die Ausgaben 360 522 M. Die genannte Vermögensabnahme kommt von der ziemlich freigelegten Unterstützung von im Dienst beschädigter Wehleute oder deren Hinterbliebenen, von Feuerwehren und Gemeinden zur Anschaffung von Löschgeräten.

Im Jahre 1911 wurden alljährlich wiederkehrende Unterstufungen in 33 Fällen gewährt und zwar in Beträgen von 80—400 M., desgleichen in 125 Fällen einmalige Zuwendungen im Betrage von 13—707 M. An Feuerwehren wurden Beträge von 32—800 M. zur Anschaffung von Gerätschaften usw. in 22 Fällen gewährt. In Gemeinden wurden zu demselben Zweck 86 mit teilweise ganz erheblichen Beträgen bedacht, so Mannheim mit 41 200 M., Forstheim mit 11 700 M., Karlsruhe mit 5800 M., Freiburg mit 4700 M., Wülflingen mit 3600 M. usw. Man sieht also, daß die Verwaltung der Landesfeuerwehverbände durchaus nicht knauserig, wenn es gilt, die Interessen der Feuerwehverbände mit ihren Mitteln zu heben.

Aus der Partei.

Der schweizerische sozialdemokratische Parteitag in Neuenburg.

Der Parteitag ist besetzt von 72 Mitgliedschaften mit 98 Delegierten, von 47 Wehvereinen mit 56 Vertretern. Weiter sind vertreten: Vier Frauenvereine, die schweizerische Geschäftsleitung durch 12 und die Nationalratsfraktion durch 11 Mitglieder, ferner 10 Parteiredaktionen.

Am 2. Verhandlungstage (Sonntag) wurde über die Lebensmittelpolitik und über die kommunalen Maßnahmen gegen die Teuerung verhandelt. Diese liegen vor vom Gen. Müller, Verwaltungsdirektor in Bern, vom Gen. Jäggi, Verwalter des Verbandes schweizerischer Konsumvereine. Müller machte die Thesen der beiden anderen Referenten zu dem feintgen. Sie sehen in der Hauptsache vor, daß dem Parteikomitee die Kompetenz erteilt wird, in Verbindung mit Gewerkschaftsbund, Konsumvereinen und anderen Interessenten eine Verfassungsmittelgasse zu ergreifen, die sich auf Reduktion der Lebensmittelpolitik bezieht. Vorher ist eine umfassende Aufklärungsarbeit in allen Schichten des Volkes und eine Sammlung jeglicher erreichbaren statistischen Materials zu leisten. Der zweite Referent Müller befaßte sich mehr im einzelnen mit der rasch fortschreitenden Teuerung und mit den kommunalen Maßnahmen gegen diese. Amliche statistische Erhebungen in Basel haben ergeben, daß die Kosten des Lebensunterhalts einer Proletarierfamilie im Laufe der letzten zwölf Jahre um 22 Prozent gestiegen sind. Nach einer Erhebung des Verbandes schweizerischer Transportanstalten sind innerhalb der letzten zehn Jahre die Wohnspreise um 30 Proz. gestiegen in den Städten über 10 000 Einwohner, und um 35 Prozent in den Städten mit weniger als 10 000 Einwohnern. Nicht man weiter in Betracht, daß die Kaufkraft des Geldes außerdem allgemein gesunken ist, dann erkenne man den ganzen Komplex von Ursachen, welche der Verschlechterung der Lebenshaltung des schweizerischen Proletariats zu Grunde liegen. Die schweizerische Sozialdemokratie verlangt zur Beseitigung oder Milderung dieses drückenden Zustandes von den Gemeinden kommunale Maßnahmen, durch welche eine Dämpfung der Preissteigerung eintritt. Von der Bundesregierung wird gefordert, daß das nächste Postgesetz die Zölle auf den täglichen Lebensbedarf auf das niedrigste Maß herabsetzt. An kommunalen Maßnahmen empfiehlt Müller im wesentlichen Ankauf von Kartoffeln, Kohl, Rüben, Hülsenfrüchten und Getreide durch die Gemeinden; direkte Abgabe dieser Waren zum Selbstkostenpreise, an Arme unentgeltlich; Abgabe von Brennmaterial zu reduzierten Preisen; Förderung der Schutzpflanzungen und Suppenanstalten; Teuerungsgesetze; Schaffung von Kühlanstalten zur Förderung des Konsums von Gefrierfleisch; gemeinschaftliche und kommunale Organisation des Milchverkehrs; Einrichtung von Seefischmärkten und Kochschulen; kostgünstige kommunale Wohnungspolitik. — Noch eingehender Debatte wies Müller auf seinen Schlusswort noch auf die mangelhafte Volkserziehung hin und verlangte, daß der nächste Parteitag die Vorbereitung des Landes gründlich behandelt. — Die vorliegenden Thesen wurden in einem Antrag zusammengearbeitet, der einstimmig angenommen wurde.

Den Tätigkeitsbericht der Nationalratsfraktion erhaltete Grimm (Bern). Er beschränkte sich auf die Kritik mehr innerpolitischer Vorgänge, wobei scharfe Worte abfielen für die Haltung einiger Eisenbahnverbände und deren Organe, welche ihre speziellen Interessen in der Bundesversammlung unter den bürgerlichen Vertretern suchen. — B. H. Winterthur und H. P. (Frauenfeld) wünschten in der Diskussion, daß die Fraktion gegen die sinnlose Ausweitung der schweizerischen Bundesanwaltschaft protestiert, die eine flagrannte Verletzung des Rechts bedeute. Deutsche Handwerksburschen, die ohne Heimatschein von der Polizei in der Schweiz betroffen werden, werden kurzerhand als „schrillenlose Vaganten“ aufgegriffen, acht bis vierzehn Tage lang in Haft gehalten und dann polizeilich über die Grenze befördert. Wollte man mit den „großen Kogelbären“, die ebenfalls schrillenlos unsere Pateln im Sommer bedürfen, in gleicher Weise verfahren, so würden sämtliche Gefängnisse andauernd überfüllt sein. — Nach weiterer reger Debatte über die Ausweisungen, über die Briefträger Judenkention und über andere Angelegenheiten unbedeutender Art wurde noch eine Resolution angenommen, nach der die Fraktion für die baldige staatliche Elektrifizierung der Bundesbahnen eintreten soll.

In der Nachmittags Sitzung referierte Frau Waller, die Sekretärin der Arbeiterinnenvereine, über das Frauenstimmrecht. Sie streifte die Geschichte der Frauenbewegung und legte sieben Thesen vor, in welchen dargelegt wird, wie die moderne Wirtschaftform die Frau in das Erwerbsleben gezogen hat, und wie daraus das gleiche Stimm- und Wahlrecht für die Frauen wie für die Männer bedingt wird. Der Parteitag soll dabei es als Pflicht der Partei, ihrer Verbände und Organe wie ihrer Vertreter in den Behörden erklären, jede Gelegenheit zu ergreifen zur Agitation für das Frauenstimmrecht, wie zu seiner Einführung für die Behörden, wo es zunächst erreichbar ist. Das Frauenstimmrecht sei mehr als eine Forderung der Gerechtigkeit. Es sei ein wichtiges Mittel im Klassenkampf des Proletariats gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die herrschende Klasse. — In der lebhaften Debatte wurde die Wichtigkeit der geschichtlichen Darlegung auf Grund der neuesten Geschichtsforschung stark angezweifelt. Auch wurde bemängelt, daß die Frauen der ökonomisch bestgestellten Genossen so wenig übrig haben für die Arbeiterinnen, dafür aber vielfach in den bürgerlichen Frauenvereinen eifrig mitwirken. — Die Thesen der Referentin wurden mit den gleichartigen Thesen, die in der „Grenzstadt“ bekanntgegeben worden sind, einer Kommission zur Bearbeitung überwiesen. Hierauf wurden die Verhandlungen auf Sonntag vertagt.

Am 3. Verhandlungstage beschäftigte sich der Parteitag mit dem Krieg und dem Generalkrieg. Eine Stellungnahme wurde nach lebhafter Debatte auf den nächsten Parteitag verschoben.

Die beiden vorhandenen Richtungen vertraten die Genossen Greulich und Grimm. — Bekanntgegeben wurde, daß der Internationale Kongress am 24. November in Basel abgehalten wird.

Neuorganisation der Bildungsarbeit in Groß-Berlin.

Der Verband sozialdemokratischer Arbeitervereine Berlins und Umgebung hielt am Sonntag seine Generalversammlung ab. Hauptgegenstand der Beratungen war der Ausbau des jetzt nebenamtlich geleiteten Bildungswesens der Berliner Arbeiterorganisationen. Nach einem großzügigen Referat des Gen. Schütz, des Leiters der Zentralbildungsausschüsse, über Wesen und Aufgabe der Arbeiterbildung beschloß die Generalversammlung, zur planmäßigen Anregung und Förderung des Bildungswesens der organisierten Arbeiter Groß-Berlins einen Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlins einzurichten. Dieser Ausschuß besteht aus 11 Mitgliedern, von denen 5 die Gewerkschaften und 5 die politischen Organisationen bestimmen. Das erste Mitglied ist der Sekretär des Ausschusses. Die entscheidenden Kosten tragen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gemeinsam.

Am ganzen Arbeit zu machen, beschloß die Generalversammlung nicht nur die Anstellung eines Sekretärs für das Bildungswesen, sondern auch die Anstellung eines Sekretärs für die Jugendbewegung, dem vorläufig auch die Wahrnehmung des Kinderbüros übertragen wird. Ein besonderer Sekretär für den Kinderbüros soll, wenn nötig, später angestellt werden. Die beiden Sekretäre werden vom Vorstand des Verbandes der Arbeitervereine und von der Generalkommission der Gewerkschaften gemeinsam gewählt. Sie treten ihr Amt am 1. Januar an. Demorgens können noch bis 18. November eingereicht werden. Dem vorgelagten Vorschlag für den Bildungsausschuß und die beiden neuen Sekretariate, der eine Ausgabe von 32 800 Mark aufweist, wurde ohne wesentliche Debatte zugestimmt.

Weitere Friedenskundgebungen. In Würzburg, der fränkischen Bischofsstadt, sprach in einer von 2500 Personen besuchten Versammlung Gen. Sedemann über die Kriegsgefahr. Er wies nach, daß die Kriegsgefahr wie auch die herrschende Teuerung einer Quelle, dem Kapitalismus, entstammen, und er rechnete gleichzeitig gründlich mit dem Militarismus ab, der in Österreich zum Krieg hebe, in Deutschland nicht für den Frieden tut und Erzberger phantastische Weltverleumdungspäne spinnen läßt. Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

Der außerordentliche internationale Sozialistenkongress, der ursprünglich Ende Dezember stattfinden sollte, ist nun durch das Internationale Sozialistische Bureau bereits auf den 24., 25. und 26. November

nach der Burghalle in Basel zusammenberufen worden. Der Parteivorstand hat mit der Generalkommission der Gewerkschaften vereinbart, daß der Kongress durch je vierzig Delegierte der Partei und der Gewerkschaften besetzt werden soll. Der Parteivorstand hat die auf die Partei entfallende Delegiertenzahl auf die Agitationsbezirke verteilt.

Da die Zeit bis zum Stattfinden des Kongresses sehr knapp ist, soll die Wahl der auf die Bezirke entfallenden Delegierten zum Kongress ausnahmsweise durch die Vorstände der Bezirks- oder Landesorganisationen erfolgen.

10. bad. Reichstagswahlkreis Karlsruhe-Bruchsal. Gemeindevorsteher-Konferenzen finden statt für die Orte Wulach, Hagsfeld, Blankenloch, Spöck und Staßfurt am 24. Nov., nachm. 3 Uhr, im Gasthaus zur „Aune“ in Hagsfeld. Am gleichen Tage nachmittags 3 Uhr für die Orte Feidelsheim, Untergrömbach, Heutern und Bruchsal im Gasthaus zur „Falz“ in Bruchsal.

Am 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr, für die Orte Gvaden, Eggenstein, Friedrichstal, Amlingen, Linzenheim, Amlheim, Welsch- und Leutchnaureur in Linzenheim in der Wäzerei Mühl. In Hagsfeld referiert Genosse Ludwig Reiche von Hagsfeld über das Thema: Der Bezug der Arbeiter zur Strohkost. In Bruchsal spricht Genosse Eugen Ged. Stadtrat in Karlsruhe, über das Thema: „Die wichtigsten Bestimmungen der Gemeindeordnung“, und in Linzenheim wird Genosse Max König, Gemeindevorsteher in Amlingen die Aufstellung des Vorantrags behandeln. Es ist im Interesse der Weiterbildung unserer Gemeindevorsteher an diesen Konferenzen teilzunehmen.

tion erhaltet...
titt mehr immen...
den für die Bau...
Organe, welche...
sammlung unter...
Binterthur) und...
fuffion, daß die...
is der Schweiz...
fiagante Ver...
ertsbüschen, die...
g betroffen wer...
ganten" aufge...
halten und dann...
man mit dem...
unfere Hotels im...
so würden samt...
Nach weiterer...
Bessler Juden...
bedeutender Kre...
der die Praktion...
ng der Bun...

Bulach, 12. Nov. Nächsten Samstag, 16. Nov., abends 9 Uhr, findet in der „Krone“ eine Wahlvereinsversammlung statt, in welcher Gen. Rechtsanwalt Dr. Kullmann einen Vortrag halten wird. Zu dieser Versammlung sind alle unsere Vereinstreue freundlichst eingeladen. Die Parteigenossen mögen für einen zahlreichen Besuch besorgt sein. Die gegenwärtigen Zeiten sind nicht dazu angetan, träumerisch in den Tag hineinzulieben, sie sind vielmehr erfrucht denn je. Darum ist ein engerer Zusammenschluß sehr nötig. Also: auf in die Versammlung!

Aus dem Lande.

Maffatt. — Messerhieb. Festgenommen wurde hier ein 17-jähriger Arbeiter von hier, der in der vergangenen Nacht in einer Wirtschaft der unteren Kaiserstraße einen Weggefährten mißhandelte und demselben einen Stich in den Rücken versetzte, sowie den Wirt am Arm nicht unerheblich verletzete. Der Weggefährte wurde in das Spital verbracht.

Baden-Baden. — Von der Zentrumsbank Müller und Konsorten. In dem Konkursverfahren gegen den Bankier Anton Müller (Bankhaus H. C. Jörger) wurde in der 2. Versteigerung das Haus um 235 000 Mk. zugeschlagen. Laut „Bad. Fr.“ haben die angemeldeten Konkursforderungen nunmehr nahezu die Gesamtsumme von 4 Millionen erreicht.

Offenburg. — Die Arbeiterauswahl der hiesigen städtischen Arbeiter hat am Sonntag stattgefunden. Von 66 Wahlberechtigten haben nur 28 ihr Wahlrecht ausgeübt. Die Gewählten können sich also nicht einmal darauf berufen, die Hälfte der städtischen Arbeiter hinter sich zu haben. Das schlaue Zentrum hat sich die bei städtischen Arbeitern noch vorhandene ungläubige Gleichgültigkeit gegen Organisation und Aufklärung zu nutzen gemacht und seine Getreuen mit Zentrumswahlzetteln zur Wahl dirigiert. Einzelne mögen vielleicht unbewußt mitgewirkt und so dem Zentrum, das Arbeiterfreundschaft bekämpft, nur bei Wahlen kennt, Wahlzettel geliefert haben. Freilich Almosen, Freisitz und Wohlthaten liefern dem demütigen Arbeiter als Zentrumswahlzettel manche Spende. Der denkwürdige Arbeiter erkennt aber, daß Freisitz von seinem Herrn das teuerste ist, denn indertief muß er es an seiner Arbeitskraft zehnfach heimbezahlen. Der denkende Arbeiter will nicht Wohlthaten, er kämpft für auskömmlichen Lohn und menschenwürdige Behandlung und er will seine Pflicht erfüllen. Der denkende Arbeiter sieht aber auch, daß die Arbeitervereine in ihren Vereinstreue sich nicht trennen lassen. Wenn es gilt, ihre Interessen zu fördern, da sitzen alle Parteien friedlich beisammen. So hätten auch die städtischen Arbeiter in Offenburg sollen zusammenstehen und wenigstens eine gemeinsame Liste aufstellen von Männern, die sachkundig und mutig ihre Interessen vertreten. Vor allem aber sollten die städtischen Arbeiter ihrer Organisation beitreten, aber Einigkeit der Arbeiter kann das Zentrum nicht brauchen, ihm gilt das alte Wort: Eifersucht und Neid. — Es wäre bei diesem Stimmverhältnis vielleicht doch zweckmäßig gewesen, wenn von der Organisation der Gemeinde- und Staatsarbeiter eine freie Liste gegen die schwarze Zentrumsliste ausgehen worden wäre.

Bulach, 12. Nov. Am Sonntag, 17. Nov., hält die sozialdemokratische Partei im Gasthaus zum „Lamm“ hier eine Winterfeier ab. Beginn nachm. 4 Uhr. Zu dieser Feier ist jedermann freundlichst eingeladen. Der Eintritt ist auf 20 Pfennig pro Person festgesetzt; die gelöste Karte dient zugleich als Los; es loosen hierbei sehr schöne Gaben zur Verlosung. Starke sind am Saaleingang erhältlich. Das Programm ist sehr reichhaltig und bürgt für einige angenehme Unterhaltungsstunden. An der Parteigenossenschaft liegt es, für guten Besuch zu sorgen.

Gaggenau, 11. Nov. Der Arbeiter-Gesang-Verein „Freiheit“ beabsichtigt zur diesjährigen Silvesterfeier einen gemischten Chor zum Vortrag zu bringen. Es haben sich dazu schon eine Anzahl Mädchen und Frauen angemeldet. Die Eingeladenen für den gemischten Chor sind auf Donnerstag abends 8 Uhr festgesetzt. Mädchen und Frauen, die Lust und Liebe zum Gesang haben, sind hierzu freundlichst eingeladen. Gleichzeitig appellieren wir an die organisierten Arbeiter, doch endlich den bürgerlichen Kurzerwehren den Rücken zu kehren und diejenigen Vereine mit ihrer Mitgliedschaft zu unterstützen, die die Sache der Arbeiter vertreten.

Gaggenau, 12. Nov. Gestern übten sich zwei 13-jährige Knaben im Revolverfechten, wobei der K. Holl von einer Klingel in den Hals getroffen wurde, was dessen Tod herbeiführte. Der Täter K. Stöber wurde verhaftet. Wieder ein Opfer mehr durch die ungeliebte Schießerei. — Vorige Woche wurde der weit und breit bekannte Polizeibeamte J. Seitz zu Grabe getragen. In ihm verlor die Gemeinde einen tüchtigen Beamten. Er brachte durch sein ruhiges, besonnenes Wesen den arg verfahrenen Polizeibeamten wieder ins richtige Gleise.

Gernsbach, 12. Nov. Als der Fuhrmann Weiler von Silbersau über die Wurgbrücke der Kreisstraße zwischen Langenbrunn und Weimersbach fuhr, prallte der Wagen an die Handfeine der Brücke an. Dadurch wurde die Deichsel des Wagens so heftig auf die Seite geschleudert, daß eines der Pferde über die Handfeine hinaus in die Wurg fiel und unterlag. Zum Glück brachen die Stränge, sonst wäre das andere Pferd auch noch mitgerissen worden.

Forbach, 12. Nov. Der Knocht A. Kopp hier wurde gestern morgen an der Treppe zu seiner Wohnung tot aufgefunden. Kopp dürfte in angetrunkenem Zustand die Treppe heruntergestürzt sein und so sich den Tod zugezogen haben.

Lahr, 12. Nov. In vergangener Nacht hat sich der Unteroffizier Geuther von der 6. Kompanie des Inf.-Regts. Nr. 169 in der Kaserne erschossen. Das Motiv der Tat ist unbekannt. Er hatte sich stets ausgezeichnet geführt, auch wegen seiner Gründe privater Natur vor, die ihn in den Tod getrieben haben könnten.

Nehl, 12. Nov. Der gewaltige Sturm, welcher heute nacht herrschte, hat an Dächern und Wänden ziemlichen Schaden angerichtet. Nachdem der Sturm nachgelassen, trat starkes Regenwetter ein.

Worm Schwarzwald, 12. Nov. In der vergangenen Nacht ist erneut viel Schnee gefallen, der bis weit herab die Berge in ein Winterkleid hüllt. Wie von der Gunderschicht wird, hat es auch heute vormittag bei 2 Grad Kälte weitergeschneit. Auch in Freiburg ist heute früh Schnee gefallen, der allerdings bald wieder geschmolzen ist. Im hohen Schwarzwald dagegen ist der Schnee liegen geblieben, sodas bei anhaltend gleicher Witterung der Winterport in Wäldern aufgenommen werden dürfte.

Brügelpädagogik.

W. S. Lieboldheim wird in einer Zuschrift über unkorrektes Verhalten eines hiesigen Lehrers Klage geführt. Es ist uns immer unangenehm, Schulangelegenheiten in der Öffentlichkeit behandeln zu müssen. Einmal haben wir eine zu hohe Meinung von der Schule und ihrer idealen Aufgabe und wollen durch Bloßstellung eines Lehrers seine Autorität nicht schädigen. Wir wollen auch aus dem Grunde die Zuschrift

nicht wörtlich veröffentlichen und auch zunächst den Namen des betreffenden Lehrers nicht nennen. Der Einsender führt hauptsächlich Klage darüber, daß der Lehrer K. den Stoch in ungebührlicher Weise handhabt. Ende Oktober mißhandelte derselbe eine Schülerin derart, daß das Mädchen mehrere Tage die Arme nicht in die Höhe heben konnte. Der Arm, auf den das Mädchen die Schläge bekam, ist heute noch schwarz und blau. Der Vater des betreffenden Mädchens ging darauf nach Karlsruhe zur Staatsanwaltschaft, um Anzeige zu erstatten, aber es hieß, der Staatsanwalt wäre jetzt nicht zu sprechen; um 4 Uhr wäre er da. Der Mann ging nach 4 Uhr wieder hin; der Staatsanwalt war aber noch nicht da. Ob der Mann nun schriftlich Anzeige erstattet hat, geht aus der Zuschrift nicht hervor.

Erneut wird in der Zuschrift Klage darüber geführt, daß derselbe Lehrer Schüler beim Schreien während der Unterrichts- bzw. Nachhilfezeit zum Wassertragen für seine Privatnutzung verwendet. Wir glauben, daß die geistliche Schulpflicht für derartiges nicht geschaffen ist und hoffen, daß es nur dieses kurzen Hinweis bedarf, um den betreffenden Lehrer zu veranlassen, im eigenen Interesse dafür zu sorgen, daß künftighin Anlaß zu derartigen Klagen nicht mehr gegeben ist. Das ist der Zweck dieser Zeilen.

Landwirtschaftliches.

* Aus Baden, 11. Nov. In auffallend starker Weise läßt sich bei einem Gange während der Dämmerung in unseren Obstanlagen das Auftreten der Schmetterlinge des Frostspanners beobachten. Diese Larve läßt darauf schließen, daß wir im nächsten Frühjahr mit einer starken Raupenplage zu rechnen haben, falls wir nicht unverzüglich unsere Bäume durch Abbinden der bekannten Klebzettel vor diesem Schädling schützen. Die geringen Auslagen, die hierfür angewendet werden, lohnen sich in jeder Hinsicht.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 13. Nov.

Die Erzberger-Versammlung, welche gestern abend im großen Festhallaal veranstaltet wurde, war sehr stark besucht. Man hatte die Kirche hinausgeschafft und trotzdem war die geräumige Halle voll besetzt. Es war selbstverständlich eine Erzberger-Versammlung und keine Zentrumsvorversammlung, denn aus allen Parteilagern kamen Zuhörer, die des Zentrums „Hans Dampf in allen Gassen“, den großen Mathias von Buttenhausen, einmal sehen und hören wollten, der für seine Person schon genügend Respekt gemacht hat, so daß das Lokal Komitee der Zentrumspartei es schon riskieren konnte, den großen Festhallaal mit einem Zwanziger Entree zu nehmen, ohne Fiasco zu machen. Dazu kommt, daß die umliegenden Ortshäuser und Städte Ettlingen, Bruchsal, Rastatt usw. ein großes Kontingent aus dem Zentrumslager stellten, stark untermischt mit vielen jungen Leuten aus den katholischen Jugend- und Arbeitervereinen. Der Kaplan sorgt bei solchen Sachen schon. Jedenfalls dürfte der Versammlungsleiter, Herr Oberlandgerichtsrat Schmidt, sich sehr im Irrtum befinden haben, wenn er in seinem mit hohler Grabesstimme vorgetragenen Begrüßungswort der Meinung Ausdruck gab, die „Sympathie für die Zentrumspartei“ habe die zahlreichen Besucher herbeigezogen.

Matthias Erzberger machte rhetorisch und demagogisch seine Sache nicht schlecht, machte viel in Wigen und Schlagwörtern unter Beifallklatschen des gläubigen Respektums. Sie klatschten, als er kam, sie klatschten, als er aufstand, um zu sprechen, sie klatschten bei jedem unterstrichenen Wort, sie klatschten, als er aufhörte, sie klatschten über ihren eigenen Unverstand. Erzberger behandelte zunächst die auswärtige Politik und den Balkankrieg. Er meinte, der Krieg sei für die Türken noch nicht erledigt, der Kriegsgott könne sich die Sache auch noch anders überlegen. Jedenfalls müßten Deutschland, Oesterreich und Italien als christliche und christ-katholische Staaten „selbst bei den äußersten Konsequenzen“ (!) dafür sorgen, daß das katholische Albanien nicht an Serbien fällt und einen Fürsten aus eigenem Stamm erhält; das sei man zum mindesten dem lieben Gott schuldig. Also mit anderen Worten: die vereinigten Serben, Bulgaren und Griechen haben schandvoll tausend Türken toteschlagen, um ihre Staatsgrenzen zu erweitern. Jetzt sollen die Dreihunddrüßigen tausend Serben toteschlagen, damit die albanische Laus nicht zerbricht wird. Bis zu solchem Grade von Herzlosigkeit und Mutdurst hat sich das politische „Christentum“ entwickelt.

Erzberger sang auch das Loblied des bis an die Zähne bewaffneten Friedens in allen Tonarten, lobte die Reichsregierung, daß sie zwei neue Armeekorps auf einmal aufgestellt, neue Maschinengewehre angeschafft, lobte die bürgerlichen Parteien, die diese Rüstungen bewilligt und lobte noch mehr das Zentrum, welches die Kosten dafür aus den Taschen der Armen unter Schonung der Reichen bewilligte. Das deutsche Volk, schrie Erzberger, müsse so stark gemacht werden, daß es der ganzen Welt den Frieden abtrotzen könne, wenn es sein muß, mit allen Mitteln (!), also ödeste Kriegsbeute um des Friedens willen. Wer laßt da? Ferner verlangte Redner rücksichtsloses Festhalten an der Schutzpolitik und Maßnahmen gegen den Import von Beamten. Ob sich die katholischen Arbeiter und unteren Beamten, die vielleicht heute mittag ihre Kartoffeln trocken essen müssen und die auch nach diesem Sage Beifall klatschten, dabei etwas dachten, wissen wir nicht. Gegen Schluß seiner Rede ging Erzberger zum Lieblingsthema des Zentrums über: Kam p f e g e g e n d i e S o z i a l d e m o k r a t i e. Mit übergeschnappter Stimme rief er, der Kampf gegen die Sozialdemokratie sei die größte nationale Aufgabe, die es geben könne, nur durch Christus könne sie übermunden werden, sie sei eine Verirrung des Willens und eine Krankheit des Herzens. Uns scheint die Sache des Zentrums eine Verirrung des Kopfes zu sein. Bis jetzt war Christus selbst unserm Wachstum jedenfalls noch nicht hinderlich. Nach Schluß seiner Rede sagte einer hinter mir: „Der kann schwätzen!“ Der Mann dürfte das richtige getroffen haben. Später haben sie dann noch eine Resolution gegen das Jesuitengesetz angenommen, nachdem schon viele weggegangen waren.

Alt und Dittl (41. Landtagswahlkreis). Heute Mittwoch abend 1/9 Uhr findet in der Restauration zum „Drachen“ eine Komiteesitzung mit außerordentlich wichtiger Tagesordnung statt. Es ist Pflicht sämtlicher Komiteemitglieder, der Sitzung anzuwohnen. Der Obmann.

Mittel- und Südweststadt (42. Landtagswahlkreis).

Die Genossen seien nochmals auf die heute abend halb 9 Uhr im „Goldenen Kreuz“, Ludwigplatz, stattfindende Komiteesitzung aufmerksam gemacht. Der Obmann.

Weststadt-Mühlburg — Frauensektion.

Unseren Genossinnen in diesen Bezirken zur Kenntnis, daß morgen Donnerstag, 14. d. M., abends halb 9 Uhr, im „Fisch“ die Lesende wieder beginnen. Um zahlreichen Besuch wird gebeten. Es können auch Parteigenossen daran teilnehmen.

Einem braven Genossen weniger verzeichnet die Mitgliederliste des Karlsruher sozialdemokratischen Vereins. Friedrich Dinkheil, Wirt zur „Wacht am Rhein“, ist am Sonntag abend aus dem Leben geschieden, nachdem ein schweres Leiden ein Aufkommen nicht mehr erhoffen ließ. Erst 33 Jahre alt, ist er geschieden von seiner Familie und aus dem Kreise seiner Genossen und Freunde, die ihn wegen seines biederen Charakters wert schätzen gelernt hatten. Einheitsheil war einer der Mitgründer der hiesigen Organisation der Gleicher und er ist seiner Organisation, obwohl er seit Jahren zu einem anderen Berufe übergegangen war und sich selbständig gemacht hatte, bis zum Tode treu geblieben. Die Karlsruher Arbeiterkraft wird dem Dahingeschiedenen ein treues Andenken bewahren.

Der Arbeiter-Frauenchor Karlsruhe veranstaltete letztes Sonntag in der „Walhalla“ eine wohlgelungene Abendunterhaltung. Der geräumige Saal war dicht besetzt. Ein reichhaltiges und geschmackvoll zusammengestelltes Programm kam zur Abwicklung. In jangesbrüderlicher Weise hatten sich die Arbeitergesangsvereine „Vorwärts“ und „Harmonie“, letzterer auch mit seinem gemischten Chor, zur Verfügung gestellt, sodas das Programm ein äußerst abwechslungsreiches war. Der Arbeiter-Frauenchor eröffnete die Veranstaltung mit einem reizend vorgetragenem „Tuschliedchen“. Herr Louis Waldas, der seit kurzer Zeit den Chor dirigiert, hatte das Lied wie auch die vier weiteren Chöre „Die Sternlein“, „Die Vöglein“, „Bild ich in meines Kindes Auge“ und „Brüderlein und Schwesterlein“ mit viel Liebe und Sorgfalt einstudiert. Der Frauenchor hat fiderlich mit der Wahl von Herrn Waldas zum Dirigenten keinen schlechten Griff getan. Der gemischte Chor der „Harmonie“, ebenfalls unter Leitung von Herrn Waldas, sang „Aus alten Märgen winkt es“ und „Verhengenang“, deren wohlgelungene Wiedergabe trug viel zur Verschönerung der Veranstaltung bei. Der Sängerbund „Vorwärts“ ertete wie immer, so auch hier wieder, mit seinen zwei stimmungsvoll vorgetragenen Chören „Dein gedenk ich“ und „Die Müllerin“ uneingeschränktes Lob. Ebenso reichem Beifall erzielte die „Harmonie“ mit dem Männerchor „Mischiedsgruß“. — Auch viele Solisten hatten ihre Mitwirkung zugefagt. Frau Krebs, ein Mitglied des Vereins, sang mit ihrer schönen und ausgiebigen Sopranstimme zwei Lieder „Mein Lied“ und „Zigeunerleben“. Sie ist ja keine ausgebildete Sängerin, aber dennoch konnte man mit ihren Leistungen vollauf zufrieden sein. — Herr Kapellmeister Hofmann trug mit viel Schwung und schöner Vogenführung ein Violinolo, eine Ballet-Scene von Veriot vor, die so gut gefiel, daß er sich zu einer Dreingabe beueamen mußte. — Den Schluß der sehr schön verlaufenen Veranstaltung bildete ein kleines Tanzergnügen, dem sich Jung und Alt mit Freuden noch einige Stunden widmete.

Elf Stunden ununterbrochen Dienst! In einem Artikel unter obiger Ueberschrift in der Nr. 263 unseres Blattes vom letzten Samstag, der sich mit der überlangen Arbeitszeit verchiedener Straßenbahnschaffner beschäftigt, haben wir u. a. auch mitgeteilt, daß ein Mann 11 1/2 Stunden ununterbrochen Dienst hatte und zwar deshalb, weil der Lehrführer Weidenhöfer vergessen gehabt hätte, einen Mann zur Ablösung zu bestellen. Es wird uns nun mitgeteilt, daß die über Herrn Weidenhöfer gemachten Angaben unrichtig sind. Herr Weidenhöfer habe vielmehr keinen diesbezüglichen Auftrag gehabt, er könne also auch nicht vergessen haben, einen solchen Auftrag auszuführen. — Wir stellen hiermit diesen Teil unserer am Samstag gemachten Ausführungen richtig. An der Tatsache der übermäßig langen Dienstzeit wird ja übrigens durch diese Nichtigkeit nichts geändert.

Fahrplanreferenten in Karlsruhe. Die Konferenz, die seitens des Fahrplanreferenten der großh. Generaldirektion der bad. Staatseisenbahnen am 8. d. M. in der Handelskammer Karlsruhe zur Entgegennahme und Besprechung von Wünschen und Anträgen mit Bezug auf den Fahrplan 1913/14 stattfand, war von Delegierten der Handels- und der Landwirtschaftskammer Karlsruhe, des Stadtrats in Karlsruhe sowie von Vertretern der Städte und Handelsgenossenschaften Baden-Baden, Bretten, Bruchsal, Bühl, Durlach, Ettlingen, Rastatt und Unterzumbach besucht. Aus anderen Orten der Kreise Karlsruhe und Baden lagen verschiedentlich schriftliche Anträge vor. — Von allgemeinem Interesse war die Erklärung des Fahrplanreferenten, daß mit Inbetriebnahme des neuen Personenbahnhofs in Karlsruhe der Ausbau des Vorortverkehrs in Aussicht genommen sei. Die größere Anzahl der verfügbaren Gleise im neuen Bahnhof Karlsruhe wird eine bessere Ausgestaltung des Lokalverkehrs ermöglichen. Es ist indessen wahrscheinlich, daß die hierdurch in den Fahrplänen eintretenden Veränderungen und Vermehrungen der Fahrgelegenheiten für den Lokal- und Vorortverkehr in der näheren Umgebung der Residenzstadt nicht vor dem Mai 1914, also erst mit Beginn des Sommerfahrplans 1914 zur Ausführung gebracht werden können.

„Spartasse und Kriegsfall.“ Ueber die Frage: „Spartasse und Kriegsfall“ macht der soeben erschiene Jahresbericht der städtischen Spartasse zu Freiburg i. Br. folgende wichtigen und bemerkenswerten Ausführungen: „Eine durch die Marokkoangelegenheit hervorgerufene Kriegsfrist ist an den deutschen Spartassen nicht spurlos vorübergegangen. Manche Spartassen wurden im September 1911 während weniger Tage von ihren Einlegern förmlich bestürzt, und es bedurfte eines großen Aufwandes von Arbeit und Mühen, die erregten Gemüter zu beruhigen. Glücklicherweise ist unsere Klasse von einem solchen Ansturm verschont geblieben. Es haben unter den Einlegern der betreffenden Spartassen über die Sicherheit der Spareinlagen gowehentils irrtige Ansichten bestanden. Wir möchten daher hier ausdrücklich feststellen, daß nach den geschlichen Bestimmungen die Bestände der Spartasse nicht nur für die Friedenszeit, sondern auch für den Kriegsfall sichergestellt sind. Die Spareinlagen bleiben in jedem Falle unantastbares Eigentum der Einleger, mösür die bürgerliche Gemeinde mit ihrem ganzen Vermögen und i ihrer Steuerkraft barlet. Hieraus folgert, daß gerade in Kriegszeiten die Gelder nirgends besser verwahrt sein können, als bei den öffentlichen Gemeindeparsassen. In dem Kriegsjahre 1870 war auch bei unserer Klasse nicht nur kein Rückgang, sondern ein bedeutender Zuang an Spareinlagen zu merken.“

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Lichtbildervortrag Paasche. Auf den heute abend stattfindenden Lichtbildervortrag des Ehepaars Paasche sei nochmals hingewiesen.

Kolosseum. Am Samstag den 16. November beginnt im Kolosseum ein kurzes Gastspiel (bis inkl. 30. November) von „Metz“ Bauerntheater aus Schliersee.

Opertheater. Am Samstag den 23. November wird eine Aufführung von Richard Wagners „Tristan und Isolde“ bei aufgehobenem Abonnement veranstaltet.

Kathe Warmersberger, die bei uns sich so überaus großer Beliebtheit erfreut, wird, wie wir hören, am kommenden Montag den 18. November einen eigenen Vieder- und Arienabend geben.

Yvette Gilbert, die berühmte französische Gesangs-künstlerin, gibt nach längerer Pause wieder bei uns einen eigenen Viederabend.

Dr. Heins Caspari, Viederfänger zur Laute, wird am Dienstag den 19. d. M. in dem neuen Künstlerhaus einen Viederabend geben.

Der Balkan-Krieg.

Der Konflikt zwischen Oesterreich und Serbien.

Die Haltung Oesterreichs.

Wien, 12. Nov. Das „Fremdenblatt“ schreibt: Oesterreich-Ungarn hat beim Ausbruch des Krieges seine Sympathien für die Balkanstaaten bewiesen.

Eine Erklärung Italiens.

Wien, 12. Nov. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Belgrad: Der italienische Geschäftsträger suchte heute den serbischen Ministerpräsidenten Pašić auf.

„Die italienische Regierung hat immer die Entwicklung Serbiens mit größtem Wohlwollen begleitet. Die italienische Regierung hat es auch verstanden, daß Serbien das Verlangen hat, den Stammesgenossen in Mazedonien zu Hilfe zu eilen.“

Ministerpräsident Pašić antwortete, er erkenne nicht die wohlwollende Stimmung der italienischen Regierung. Die serbische Regierung werde den Rat der italienischen Regierung in Erwägung ziehen.

Serbische Kriegsgreuel.

London, 12. Nov. „Daily Chronicle“ veröffentlicht den Bericht eines Korrespondenten, der kürzlich aus Serbien heimgekehrt ist. Es heißt darin u. a.: Die Serben haben Mordtaten unter den Arnauten veranfaßt.

Vom bulgarischen Kriegshauplatz.

Sofia, 12. Nov. Die „Agence Bulgare“ meldet, daß die in Mazedonien operierenden Truppen am 6. November die Städte Strumitza und Demirhisjar eingenommen haben.

Vor Adrianopel.

Wien, 12. Nov. Ueber die Operationen vor Adrianopel meldet der Berichterstatter der „Reichspost“: Die Bulgaren haben vor Adrianopel keinen leichten Stand.

Das Bombardement von Skutari.

London, 12. Nov. Das Reutersche Bureau meldet aus Skutari: Das Bombardement von Skutari ist gestern abend wieder aufgenommen worden.

Letzte Nachrichten.

Einberufung des Reichstages.

Berlin, 12. Nov. Die erste Sitzung des Reichstages ist auf den 26. November angesetzt worden.

Der Ministerwechsel in Belgien.

Brüssel, 12. Nov. Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht heute die Namen der neuen Minister. Außer den bereits gemeldeten ist noch die Uebernahme des Landwirtschafts- und Ackerbauministeriums durch den früheren Minister Sclapette zu erwähnen.

Rußland und China.

Moskau, 12. Nov. Das russisch-mongolische Uebereinkommen hat in der gesamten Presse große Erregung hervorgerufen. Die Mächte erblicken in demselben den Wiederbeginn der russischen Tätigkeit in dem fernen Osten.

Eine Erklärung der englischen Regierung.

London, 12. Nov. (Unterhaus.) Vor vollbesetztem Hause und unter allseitiger großer Erregung gab Ministerpräsident Asquith die Erklärung ab, er werde morgen

einen Vorschlag einbringen, dahingehend, daß die gestrige Entscheidung des Hauses über das Amendement von Burns für ungültig erklärt wird.

Ermordung des span. Ministerpräsidenten.

Madrid, 12. Nov. Als Canalejas sich zum heutigen Ministerrat begab, wurden von einem polizeilich bekannten Anarchisten namens Pardoas Serrate aus Graba (Provinz Guasca) zwei Schüsse auf ihn abgegeben.

Madrid, 12. Nov. In der Deputiertenkammer machte der Minister des Aeußern, Garcia Prieto, Mitteilung von dem Tod des Ministerpräsidenten und schloß eine kurze Ansprache mit dem Worten: „Canalejas starb zwischen seinen beiden Lieben, dem Volk und dem Bismarck.“

Ein politischer Streik.

Petersburg, 13. Nov. In einem großen Teil der hiesigen Fabriken wurde gestern zum Protest gegen das in Sebastapol gegen 17 Matrosen gefällte Todesurteil gestreikt.

Wasserstand des Rheins.

13. November. Schusterinsel 2.10 m, gef. 5 cm, Kehl 3.04 m, gef. 31 cm, Magau 4.58 m, gef. 31 cm, Mannheim 3.95 m, gef. 35 cm.

Vereinsanzeiger.

Durlach. (Arbeiterbund Vorwärts.) Die Singstunde fällt diese Woche aus, da am gleichen Tage eine öffentliche Volksversammlung stattfindet.

Briefkasten der Redaktion.

Paul G., hier. Wir würden gerne unser Möglichstes dazu beitragen, um Ihren Wunsch zu erfüllen.

Heute im grossen Festhallsaal abends 8 1/2 Uhr 3198

II. Lichtbildervortrag Paasche mit phonograph. Wiedergabe von Neger-Gesängen. Karten zu 30 und 40 Pfg. in den Zeitungskiosken am Germaniahotel, Mühlburger Tor und an der Abendkasse.

Diesen Samstag Ziehung sicher 16. Nov. der beliebtesten Strassburger Lotterie. Hauptgewinn 40000 M., 10000 M., 13300 M., 16700 M.

Leute gesucht zur Uebernahme meiner Filiale der Genussmittelbranche in der Südstadt.

PELZE von 3 an. Wilhelmstr. 34, 1 St. Magartenstr. 23, 2 St. linke ist möbliert.

Seite 7. Samstags findet in der... ordent... hat Antr... einlokal ein... Mitglieder a... Orts... Die na... Wahl vo... wird hier... Die B... Sonne“ für die... für die... Gierzu... Die B... ab auf un... der Gef... bezu. Ver... Nach... Oktober o... Die B... wählbar... beitgeber... bürgerlich... Jeder... steht, fü... stande ist... schäftigter... Brud... Ver... Elgen... Vom... vorgitun... Hausspa... Kar... B. Kl... sind st... M...

Achtung!

Sonntag, den 17. November, vormittags 10 Uhr, im Colosseum

öffentliche Volks-Versammlung.

Tagesordnung:

„Deutschlands innere u. äußere Politik“.

Referent: Reichstagsabgeordneter **Roske** aus Chemnitz.

Einwohner von Karlsruhe! Erscheint in Massen, um die Versammlung zu einer imposanten Kundgebung für den Völkerfrieden zu gestalten.

Zur Deckung der Kosten wird ein Eintrittsgeld von 15 Pfg. erhoben.

Mitglieder freien Eintritt. **Freie Diskussion.**

Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins.

Fr. Sigmund.

3182

Ortskrankenkasse Rastatt. Generalversammlung.

Dieselbe findet eingetretener Hindernisse wegen erst am **Dienstag, den 19. Nov. 1912** statt.

Rastatt, den 12. November 1912.

Der 1. Vorsitzende:
Wilh. Beter.

3185

Pfannkuch & Co

Mittwoch und Donnerstag eintreffend in schwerster Verpackung

Billige Seefische!
Größere Zufuhren aus der Nordsee.

Cabliau
koplos, im 25 Pfg. im Auschnitt 28 Pfg.
ganz Fisch Pfd.

Schellfische
kleine 25 Pfg. große 1-2 pflündig, Pfd. 32 Pfg.

Stocfische
Pfd. 25 Pfg.

Als Butterersatz empfehlen wir

Esbu-Margarine
das Beste auf dem Markt
Pfund 95 Pfg. 3195

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen

Billige Schuhwaren

kaufen Sie stets in nur guten Qualitäten bei **W. Krüger, Auktionsgeschäft und Schuhlager.**
Adlerstraße 40, beim Hauptbahnhof.

Besonders empfehle:
Kinderstiefel, Rindbox u. Bichsleber 27-30 M 350 31-35 M 390

Städt. Arbeitsamt Karlsruhe

Arbeitsamt Zähringerstrasse 100 Telefon 629. 3192
Wir suchen zum sofortigen Eintritt:
für hier: für auswärts:

30 Badsteinmaurer 10 Badsteinmaurer
20 Erdarbeiter mit Schaufel. 10 Erdarbeiter für Siegel.

Zücht. Maurer

finden sofort dauernde Beschäftigung am Neubau der landwirtschaftlichen Zentralkasse, Lauterbergstraße. 3178

Sacroix & Christ.

Nur Adlerstr. 18a

Extrapreise

Ulster modern. Farben 2reihig für 16⁰⁰ 24⁰⁰ 28⁰⁰ bis 48⁰⁰ M. 3188

Paletot 12⁰⁰ 16⁰⁰ 18⁵⁰ bis 45⁰⁰ M.

Nur Adlerstr. 18a, E. Hahn.

3197

Kleiderstoffe * Blusenstoffe * Kostümstoffe

wegen Ueberfüllung des Lagers zu außergewöhnlich billigen Preisen!

Ein Posten reinwollene Cheviots jetzt Meter 75	Ein Posten reinwollene Kammgarne jetzt Meter 1.25	Ein Posten reinwollene Kammgarne jetzt Meter 1.45
Ein Posten reinwollene Popeline jetzt Meter 1.35	Ein Posten reinwollene CheviotDiagonal jetzt Mtr. 1.65	Ein Posten 110 cm br. reinwoll. Popeline jetzt Meter 1.65

Grosse Posten 110 cm breite reinwollene **Kammgarne, Popeline, Satin, Natté, Diagonals** jetzt Meter **1.95**

Ein Posten Kostümstoffe jetzt Mtr. 95	Ein Posten Kostümstoffe jetzt Mtr. 1.35	Ein Posten 130 cm breite Kostümstoffe jetzt Mtr. 1.65
Ein Posten wollene Blusenstoffe jetzt Mtr. 75	Ein Posten reinwollene Blusenstoffe jetzt Meter 1.45	Ein Posten reinwollene Blusenstoffe jetzt Meter 1.75

Besonders günstige Gelegenheit für praktische Weihnachtsgeschenke. Auf alle Waren Rabattmarken.

M. Schneider

Erbprinzenstrasse 31 Ludwigsplatz. 3179

Durlach.

Donnerstag, 14. November, abends 1/2 9 Uhr in der Festhalle in Durlach

öffentl. Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:

Die gegenwärtige Kriegshetze und die Folgen für unser Wirtschaftsleben.

Referent: Reichstagsabgeordneter **Roske** aus Chemnitz.

Jedermann ist freundlichst eingeladen. Freie Diskussion.

Eintritt 10 Pfg. Der Einberufer.

Derjenige, welcher am Samstagabend im „Schrempfischen Bierkeller“, Weiertheimerallee 18, ein Glas mitgenommen hat, wird gebeten, dasselbe wieder dort abzugeben, da er erkannt wurde, andernf. Anzeige erstattet wird. 3191



Herrenstrasse 11 3 Tage Herrenstrasse 9 3 Tage

Heute Mittwoch den 13., Donnerstag den 14., Freitag den 15. November

hervorragend neueste Schlager u. a.:

Die Eroberung des Nordpols

Grosse fantastisch-dramatische Schilderung in 2 Akten der berühmten Entdeckungs-Fahrt des Professor Klapps.

Ferner:

Am Wegesrande

hervorragend realistisches Jägerdrama in 2 Akten. In der Hauptrolle die berühmte Schauspielerin Fr. Napier Kowska.

Die Balkan-Krise

authentische Natur-Aufnahme und die übrigen 5 ausgezeichneten Novitäten. Künstlerisch-musikal. Illustration durch Solo-Pianisten H. Procker.

Um zahlreichen Besuch bittet H. Schmitter, Direktor.

3197

Divan wegen Platzmangel zu verkaufen. 3141 Kriegstr. 111, 8. St. 115. für ein möbl. Zimmer mit 1 Küpperrückstr. 23, 8. St. r. oder 2 Betten so gleich bill. z. verm.